Nummer 33 — Hannover, 15. August 1931 — 40. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Die Sozialistische Internationale zur internationalen Wirtschaftskrise.

Der Kongreß der Sozialistischen Internationale hat in seiner Schlußsitzung eine Kundgebung zur Wirtschaftskrise beschlossen, die die Beschlüsse von Brüssel und Zürich in Erinnerung bringt und fortfährt:

I.

Seit diesen Beschlüssen hat sich die Wirtschaftskrise gewaltig verschärft. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und dem Konsum ist gewachsen, die Märkte sind zerrüttet, dem Zusammenbruch der Produktion sind katastrophale Erschütterungen des Kreditwesens gefolgt.

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich heute in der umfassendsten und tiefstehenden Krise, die sie je erlebt hat. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte im ungeheuerlichen Ausmaß gesteigert und vermag sie nicht zu meistern. Der Kapitalismus hat die Rationalisierung auf die Spitze getrieben, der Welt vermehrten Reichtum verheißen; erhöhte Ausbeutung, unermeßlich gesteigerte Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen, die in Not und Elend leben, sind die Folgen. Der Kapitalismus hat die freie Konkurrenz erheblich eingeschränkt, die Kartelle auf das internationale Gebiet ausgedehnt, Zölle und Verkehrsbeschränkungen zum Schutz der nationalen Märkte maßlos gesteigert; politische Spannungen, Wirtschaftskriege und schwere Störungen des internationalen Verkehrs sind das Ergebnis. Der Kapitalismus hat das Kreditsystem durch die Zusammenarbeit der Notenbanken, durch die Wiederherstellung der Goldwährung, durch die Gründung der Bank für Internationale Zahlungen zu stabilisieren versucht; an die Stelle einer Stabilisierung sind wilde Ausschweifungen der Börsenspekulation, gefolgt von nie für möglich gehaltenen Insolvenzen der größten Banken, schwere Erschütterungen der Währungen und eine allgemeine Unsicherheit und Vertrauenskrise getreten.

Jedes Mittel, das der Kapitalismus zur Bekämpfung der Krise versuchte, hat sich unter seiner Herrschaft in einen Fluch für die Arbeiterklasse verwandelt. Er hat sich als unfähig erwiesen, die Wirtschaft zu organisieren und die von ihm angeeigneten Güter so zu verwalten, wie sie der allgemeinen Wohlfahrt dienen.

II.

Die Anarchie, die der kapitalistischen Wirtschaft innewohnt, kann nicht beseitigt werden, ohne das kapitalistische System selbst zu beseitigen. In weiten, auch nichtproletarischen Kreisen lebt angesichts des unerhörten Maßes von Elend die Überzeugung, daß an die Stelle des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine planmäßige Gestaltung der Weltwirtschaft treten muß. Aufgabe der internationalen sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen ist es, diese Erkenntnis durch die klare Aufdeckung der Grundursachen der kapitalistischen Mißwirtschaft zu fördern, die Wege zu weisen für die Verwirklichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft, um die gegenwärtige Krise auszunützen für den systematischen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Klassenherrschaft.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft muß im Interesse des Proletariats in der Gegenwart verbunden sein mit dem Kampf zur Linderung der Krise und der Not der Krisenopfer.

Das Inkrafttreten der Washingtoner Konvention muß für die organisierte Arbeiterklasse einen Ansporn bilden, weitere Arbeitszeitverkürzungen zu erkämpfen. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiterinternationale geforderte Einführung der Vierzigstundenwoche ist in hohem Maße geeignet, einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, um so den Gefahren entgegenzuwirken, die durch den dauernden Ausschluß eines Teils der Arbeiterklasse von jeder wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesamtheit des Proletariats erwachsen.

Der Kongreß fordert mit Nachdruck die öffentliche demokratische Kontrolle der Wirtschaft, insbesondere der monopolistischen Zusammenschlüsse aller Art. Die Voraussetzung ihres vollen Erfolges ist die Änderung des Eigentums an den Produktionsmitteln sowie der Wirtschaftsmethoden. Als wichtigen Schritt hierzu und zugleich als Überleitung zur sozialistischen Planwirtschaft betrachtet der Kongreß die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Errichtung staatlicher oder genossenschaftlicher Handelsmonopole, die im Interesse der Gemeinschaft verwaltet werden, und die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens. Er fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Forderungen in den Mittelpunkt des Kampfes gegen die Krise zu stellen, durch ihre Verwirklichung auf nationalem Gebiet die Bedingungen für die Durchführung einer internationalen öffentlichen Wirtschaftskontrolle zu schaffen und den Boden für die Verwirklichung des Sozialismus vorzubereiten.

III.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krise ist zugleich der Kampf für die Erringung der politischen Macht des Proletariats. Nur in dem Maße, wie das organisierte Proletariat eines jeden Landes im Klassenkampf seine Positionen festigt und ausbaut, wird es ihm gelingen, die Krisenfolgen, Not und Elend in der Welt zu mildern und mit der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft die Krisen selbst zu beseitigen. Nie zuvor war die Verflechtung von Politik und Wirtschaft so deutlich wie in der Gegenwart, nie zuvor die Anspannung aller Kräfte, die Einigkeit und Geschlossenheit des internationalen Proletariats so notwendig wie in diesem furchtbaren Augenblick.

Opfer der kapitalistischen Anarchie sind nicht nur die Industrie- und Landarbeiter; in ebenso grausamer Weise hat die kapitalistische Konzentration die Enteignung und Verarmung der mittelständischen Schichten in der Stadt und auf dem Lande herbeigeführt, den Intellektuellen und Jugendlichen ein Dasein ohne Zukunftshoffnung bereitet. Das Proletariat ruft diese neuen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zum geschlossenen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner auf.

Der Sozialismus ist der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität. Er appelliert an alle geistigen und sittlichen Kräfte, die sich aufbäumen gegen den Kapitalismus, gegen jenes Wirtschaftssystem, das ausschließlich vom Profitstreben geleitet ist, das auf nicht zu rechtfertigenden Klassenvorrechten beruht und die überwältigende Mehrheit der Menschen an der Entfaltung der freien Persönlichkeit hindert.

Keine andere Macht der Welt wird der Arbeiterklasse bei ihrem ungeheuren Werk der Umgestaltung der Wirtschaft helfen, keine andere Macht der Welt wird imstande sein, dieses Werk zu vollbringen.

Die Arbeiterklasse muß alle Möglichkeiten des Klassenkampfes ausnützen, um unter dem Druck der unerhörten Wirtschaftskrise in internationaler Verbundenheit für die Abwehr aller Angriffe der sozialen Reaktion und für die Verwirklichung des Sozialismus und des wahren Völkerfriedens zu wirken.

Um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Die arbeitslosen Mitglieder müssen dem Verbande erhalten bleiben.

Durch die Arbeitslosigkeit wird die Arbeiterschaft gespalten. Es wird unmöglich sein, die heute Beschäftigungslosen in absehbarer Zeit wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Der Ausbau des maschinellen Apparates macht viele Millionen Arbeitskräfte in jedem Lande überflüssig. Eine wesentlich verringerte Arbeiterschaft vermag infolge der Technisierung des Arbeitsvorganges mindestens den gleichen Ertrag zu erzielen wie früher, als mehr Hände zur Erledigung der gleichen Menge benötigt wurden. Diese Entwicklung ist noch nicht an ihrem Ende angelangt.

So müssen wir uns mit einer dauernd hohen Ziffer von Arbeitslosen vertraut machen. Die gesunde Existenzgrundlage der Gewerkschaften wird dadurch unterhöhlt. Die Arbeitslosigkeit war in früheren Zeiten eine vorübergehende Erscheinung. Jeder Arbeitslose konnte hoffen, nach kürzester Frist wieder Beschäftigung zu erhalten. Deshalb wurde auch eine vorübergehende Arbeitslosigkeit meist nicht sehr tragisch genommen. Von der Arbeitslosigkeit blieb in erster Linie die Stammbelegschaft jedes Betriebes verschont. Das wechselnde und hin und her flutende Element erfaßte nur einen geringen Teil der Hand- und Kopfarbeiter. Der größte Teil der gewerblichen Arbeiterschaft konnte vor dem Kriege darauf rechnen, von der Arbeitslosigkeit seltener betroffen zu werden. Dieser feste Kern bildete die Stammbelegschaft und das Rekrutierungsgebiet der Arbeiterbewegung. Das ist heute wesentlich anders geworden. Die Wirtschaftskrise hat Arbeiter und Angestellte zum Feiern gezwungen, die vordem noch niemals oder ganz wenig arbeitslos gewesen waren. Wenn nun Millionen plötzlich entwurzelt werden und die Aussicht sehr gering ist, wieder einen festen Boden unter die Füße zu bekommen, so bildet sich hier ein Heer von erbitterten und innerlich veränderten Menschen.

Welche Gefahren erwachsen nun den Gewerkschaften aus dieser Entwicklung? Bei der kürzeren Dauer der früheren Arbeitslosigkeit gehörte der arbeitslose Kollege nach wie vor zur Schicksalsgemeinschaft der organisierten Arbeiter. Er blieb mit seiner Organisation verbunden und nahm an den Fragen derselben mit lebhaftem Interesse teil. Das kann man bei den jahrelang Arbeitslosen von heute nicht mehr sagen. Beschäftigte und Beschäftigungslose geraten in einen immer größeren Gegensatz zueinander. Solange die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder Unterstützung bekommen, fühlen sie sich mit ihrer Organisation noch verbunden. Das ändert sich, wenn sie ausgesteuert und dazu verurteilt sind, eine Arbeitslosigkeit von vielen Monaten oder gar von Jahren auf sich zu nehmen. Sobald das materielle Interesse an der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft erloschen ist, bleiben nur innerlich gefestigte Mitglieder auch mit dem Herzen bei ihrer Organisation. Dauernd Arbeitslose haben an vielen Fragen der Gewerkschaften nur noch ein geringes Interesse. Berufsfragen, Erörterungen über Lohn, Arbeitszeit usw. sind für den Beschäftigungslosen, der vorläufig keine Aussicht hat, wieder Arbeit zu bekommen, fast belanglos. Es bildet sich allmählich eine ganz besondere Arbeitslosen-Mentalität heraus, die teilweise gegen die im Betrieb stehenden Arbeiter gerichtet ist. Neid, Mißgunst u. a. schlechte Eigenschaften stellen sich ein. Das Interesse der Arbeitslosen konzentriert sich auf das Unterstützungswesen, das Arbeits- und Wohlfahrtsamt usw. Er beginnt sich seiner früheren Gewerkschaftsarbeit zu entfremden. Die Themata in den Gewerkschaftsversammlungen, die in der Verbandszeitung behandelten Probleme interessieren ihn zum größten Teil nur noch wenig. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer wird der Gegensatz zwischen den Beschäftigten und Beschäftigungslosen. Dieser Gefahr gilt es ins Auge zu sehen.

Die Gewerkschaften tun bereits manches, um den arbeitslosen Kollegen an die Organisation zu fesseln. Zu gewissen Zeiten, namentlich zu Weihnachten, werden Extraunterstützungen ausgezahlt. Die ausgesteuerten Mitglieder werden zu einer gewissen Kontrolle auf dem Verbandsbüro verpflichtet, die Verbandszeitung wird auch den arbeitslosen Mitgliedern zugestellt; Kurse werden ver[illegible]tet und was dergleichen Dinge mehr sind. Es fragt sich doch aber, ob solche Mittel auf die Dauer ausreichen, um die ausgesteuerten Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Ein sehr starkes Band bildet die Invalidenunterstützung. Sie dürfte mit dazu beitragen, daß die arbeitslosen Mitglieder, sofern sie es irgendwie zu tun vermögen, der Organisation die Treue bewahren. Dauert die Arbeitslosigkeit, wie gegenwärtig, noch auf Jahre hinaus, so wird sich der Gegensatz zwischen den Beschäftigten und den Beschäftigungslosen vertiefen. Für den Bestand einer auf innere Verbundenheit angewiesenen Bewegung ist ein solcher Gegensatz sehr gefährlich. Deshalb sollten wir uns mit diesem Problem eingehend beschäftigen. Wir müssen Mittel und Wege finden, um diesen wirklichen oder vermeintlichen Gegensatz zu überwinden. Die Gewerkschaften sollten sich um ihre ausgesteuerten Mitglieder noch mehr als bisher bemühen. Dies wird allerdings weniger möglich sein durch materielle Unterstützung. Aber es dürften sich Mittel und Wege finden lassen, um das Band zwischen den in Arbeit stehenden und den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern nicht ganz zerreißen zu lassen.

Der Volksentscheid in Preußen.

Die Niederlage der Arbeiterfeinde.

Der auf Antrag des Stahlhelms eingeleitete Volksentscheid auf Auflösung des Preußischen Landtages bzw. auf Beseitigung der allen Reaktionären verhaßten preußischen Regierung hat seinen Urhebern die verdiente Niederlage gebracht.

Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben als Klassenfeinde der Arbeiterschaft bei diesem Volksentscheid ihre Interessen vertreten. Auch die KPD. hat ihre Mitglieder für den Faschismus an die Wahlurne getrieben, d. h.

die KPD. hat schwersten Arbeiterverrat begangen.

Trotz dieses Verrates der KPD. haben die gemeinsamen Arbeiterfeinde nur 9 793 860 Stimmen aufgebracht, das sind rund 37 Prozent der Stimmberechtigten. Wir gönnen — im Interesse der Arbeiterschaft — den vereinten gegnerischen Parteien, insbesondere der KPD., ihre wohlverdiente Niederlage.

Der internationale Fortschritt der Sozialversicherung 1930.

Der Gedanke der Sozialversicherung hat auch im Jahre 1930 in zahlreichen Ländern neue Fortschritte gemacht. Neue Sozialversicherungsträger wurden geschaffen, die bereits bestehenden Einrichtungen ausgebaut. Zwar ist die Wirtschaftskrise nicht ohne Einfluß auf den Fortschritt der Gesetzgebung und auf die Tätigkeit der Sozialversicherungsträger geblieben. Sie hat zu neuen Angriffen auf die Sozialpolitik geführt, hat in manchen Ländern das Tempo des Aufbaues verzögert, hat zur Vertagung der Beratungen wichtiger Gesetzesvorlagen geführt. Die Arbeitslosigkeit und die Lohnsenkungen hatten eine Verminderung des Beitragseingangs der Versicherungsträger zur Folge, während andererseits die notwendigen Ausgaben oft stark gestiegen sind.

Im Deutschen Reich hat die Sozialversicherung in Anbetracht der Wirtschaftskrise einen besonders schwierigen Stand gehabt. Die gesteigerten Anforderungen an die Sozialversicherungsträger und die allgemeine Finanznot haben zu einem gewissen Abbau der Versicherungsleistungen geführt, doch konnte auf der anderen Seite in den meisten Krankenkassen der Beitragssatz heruntergesetzt werden. Ein weiterer Fortschritt ist insofern zu verzeichnen, als in der Krankenversicherung die bisherige Freiwilligkeit der Familienhilfe durch Zwangsvorschriften ersetzt wurde.

Auch in Österreich traf die Wirtschaftskrise die Krankenkassen. Wesentliche Abänderungen an der bisherigen gesetzlichen Regelung sind jedoch nicht vorgenommen worden. In Belgien konnte die Sozialversicherungsgesetzgebung ausgebaut werden. Der Anwendungsbereich der „Entschädigung bei Betriebsunfällen wurde durch Annahme eines neuen Gesetzes erweitert. Das gleiche gilt für die Gesetzgebung über Hinterbliebenen-, Alters- und Invalidenversicherung. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß in Kürze auch die Gesetzentwürfe über Kranken- und Invalidenversicherung im belgischen Parlament behandelt werden. In Dänemark hat die von der Regierung in Angriff genommene Vereinheitlichung der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Unfallversicherung wird weitgehend geändert, die Verwaltung vereinfacht. Ferner sollen bestimmte Berufskrankheiten als unfallentschädigungspflichtig anerkannt werden. In Frankreich ist im Jahre 1930 eine umfassende Sozialversicherungsgesetzgebung in Kraft getreten. Nach Berechnung des Arbeitsministeriums werden von dieser Sozialgesetzgebung 8 500 000 Arbeitnehmer erfaßt. In Großbritannien sind im Jahre 1930 keine wesentlichen Änderungen der Sozialversicherungsgesetze eingetreten. Unter Mitwirkung ausländischer Fachleute und unter Mitarbeit des Leiters der Sozialversicherungsabteilung des Internationalen Arbeitsamts wurde in Griechenland die Arbeit an dem Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Unfall-, Kranken-, Mutterschafts-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung fortgesetzt. Im Ministerium für Sozialpolitik und Gesundheitswesen

In Jugoslawien ist nach Befragung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Sozialversicherungsgesetzes von 1922 ausgearbeitet worden. Es wird eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung angestrebt, auch die Leistungen sollen geändert werden. In den Niederlanden ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Dort wurde im Jahre 1930 die obligatorische Krankenversicherung eingeführt, die ohne große Schwierigkeiten in Kraft gesetzt werden konnte. Auch in Polen wird eine Vereinheitlichung der bestehenden Sozialversicherungsgesetze angestrebt. In der Schweiz steht der Kampf um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Vordergrund des Interesses. Es ist anzunehmen, daß in Kürze eine endgültige Entscheidung über ihre Durchführung getroffen wird. In Kanada hat die Bewegung zugunsten der obligatorischen Krankenversicherung an Boden gewonnen. Insbesondere in den Provinzen Britisch-Kolumbien und Alberta hat sie wesentliche Fortschritte gemacht. Die Sozialversicherung in Chile schreitet ebenfalls planmäßig voran. Die Zahl der Versicherten überstieg Anfang 1930 eine Million. In China wurde durch das neue Fabrikgesetz die Entschädigung bei Berufskrankheiten und bei Betriebsunfällen für alle Fabriken eingeführt, in denen wenigstens 30 Personen beschäftigt sind und Maschinen verwendet werden. In Kuba wurde die Sozialversicherung auf weitere Arbeitnehmergruppen ausgedehnt.

Von besonderem Interesse ist der Fortschritt der Gegenseitigkeitsverträge über Sozialversicherung zwischen den einzelnen Ländern. Diese Gegenseitigkeitsverträge betreffen entweder die gegenseitige Zusicherung der Gleichbehandlung und der Aufrechterhaltung der erworbenen Ansprüche, auch im Falle der Niederlassung im Ausland oder regeln darüber hinaus auch die Aufrechterhaltung der Anwartschaften zugunsten der beiderseitigen Staatsangehörigen. Zu der ersten Gruppe gehören die Übereinkommen zwischen Argentinien und Großbritannien (15. November 1930); zwischen Belgien und Frankreich (23. April 1930); zwischen Frankreich und Rumänien (23. Januar 1930); und zwischen Lettland und Litauen (24. November 1930). Die Abkommen zwischen Deutschland und Österreich jedoch (5. Februar 1930) sowie zwischen Frankreich und Österreich (27. Mai 1930) gewährleisten den Versicherten die volle Aufrechterhaltung der in jedem der vertragschließenden Staaten erworbenen Anwartschaftszeiten.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß trotz der Krise eine Reihe von Ländern die internationalen Sozialversicherungsübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert haben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sozialversicherung in den verschiedenen Ländern der Welt trotz der großen Schwierigkeiten und der schweren Krisen nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist, sondern sogar in manchen Ländern bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat.

Der Unterschied zwischen Unternehmersyndikus und Gewerkschaftsangestellten.

Im Verlag des Bibliographischen Instituts Leipzig erschien kürzlich ein Buch „Berufskunde", in dem über den Unternehmersekretär und den Gewerkschaftsbeamten treffende Ausführungen gemacht werden. Über den Unternehmersyndikus ist folgendes zu lesen:

„Er vertritt die Interessen, die nicht die seinen sind. Und er vertritt nicht die Gesamtheit dieser Interessen, die sich zwar oft im Gegensatz zu anderen Volksgliedern, oft aber auch in Gemeinschaft mit ihnen bewegen, sondern er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze auszukämpfen; die populären Seiten seiner Tätigkeit hat der Unternehmer sich selbst oder dem Syndikus des Wirtschaftsverbandes vorbehalten. Von der Tätigkeit des Arbeitgebersyndikus innerhalb des Verbandes merkt die Öffentlichkeit nichts. Ob der Mann hier zur Vernunft und Versöhnung redet, Ausgleiche zustande bringt, die im Interesse der Allgemeinheit und auch der Arbeitnehmer liegen, das bleibt hinter verschlossenen Türen. — Wo er sich sehen läßt, ist er Feind."

Hören wir nun, was über die Tätigkeit der Gewerkschaftsangestellten geschrieben wird:

„Von wenigen Ausnahmen abgesehen, führt der Syndikus pflichtgemäß Geschäfte, die ihn innerlich nichts angehen. Der Gewerkschaftsbeamte dagegen kämpft den Kampf seiner Klasse, führt die Geschäfte seiner Berufskollegen, berät und leitet in Nöten, die er selbst erlitten hat. Es geht nicht an, den Gewerkschaftsbeamten wie den Syndikus von seinen technischen Funktionen oder seiner Vorbildung her zu beschreiben. Die Gewerkschaft ist eine Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Das heißt: sie geht den ganzen Menschen an. Der Klassenkampf von unten ist letzten Endes der Kampf um die Menschenwürde, um die Ebenbürtigkeit. Wirtschaftliche und taktische Erfolge haben nur Bedeutung, können nur dauernde Befriedigung der Klassengenossen erreichen, wenn sie dem großen Ziel näher führen. Der Klassenkampf von oben dagegen ist immer nur Abwehrkampf... Für jeden Politiker besteht die schwere Aufgabe, auf lange Sicht zu arbeiten und gleichzeitig Kleinarbeit zu tun. Für den Führer des Proletariats ist sie aber dadurch besonders erschwert, daß beide Seiten seiner Wirksamkeit in ganz verschiedenen Sphären liegen. Es ist das Aufstiegs- und Bildungsproblem, das uns hier entgegentritt. Der Proletarier, der als Vertreter seiner Klasse über ihren Bereich hinaustritt, muß sich den Bedingungen des neuen Wirkungskreises anpassen. Er muß sich Wissen aneignen und ein unerschütterliches Vertrauen als Persönlichkeit genießen."

Das sind treffende Bemerkungen über die Spezialisten der Zwietracht und der Einigkeit.

Der Kampf gegen den Überfluß.

Man hätte es niemals für möglich gehalten, daß der Mensch gegen den ihm zur Verfügung stehenden Überfluß einen regelrechten und erbitterten Kampf führen muß. Es ist nicht genug, daß er unter dem Überfluß zu leiden hat, indem ein Millionenheer von Arbeitslosen dadurch geschaffen wurde. Und doch brauchte niemand zu hungern, es könnte jeder ein Dach über dem Kopf haben, kurzum jedes Volk könnte auch dem letzten seiner Bürger das Notwendigste zum Leben vermitteln. In Nr. 30 der „Brücke", einer Beilage des „Berliner Tageblatts", wird eine Reihe Beispiele angeführt, wie der Mensch sich des Überflusses zu erwehren versucht:

„In Ceylon pflückt man von jeder Teepflanze statt drei nur zwei Blätter und drückte dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzung von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeesträucher eingehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Sack, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Der Überfluß an Diamanten wird in weitläufigen Banksafes verstaut, ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke davon nach Kapstadt, wo sie spurlos verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steins sich hält. In Brasilien vernichtet man mehr Kaffee, als überhaupt getrunken wird, und ganze Pfefferernten senkt man ins Meer. 60 000 Sack Kaffee sollen vom brasilianischen Kaffee-Valorisierungsinstitut zum Düngen verwandt werden, um den Markt zu entlasten. Die Holländisch-Indische Handels-Compagnie ließ Tausende von Zentnern Gewürze verschwinden, nur um den Preis zu halten. Amerika und Ägypten verbrannten früher Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Hohn auf Hungernot und Elend in anderen Weltteilen."

Das Bestreben, die Preise hochzuhalten, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Absatz mehr oder weniger durch das Angebot reguliert. Welche Mittel dazu angewandt werden, konnte man aus den obigen Beispielen ersehen. Sie ließen sich vermehren. Hinweisen wollen wir nur noch auf den sogenannten Beimischungszwang. In Deutschland muß beispielsweise dem Motortreibstoff Spiritus beigemischt werden, um die hohe inländische Spirituserzeugung abzusetzen. Roggenmehl muß dem Weizenmehl beigemischt werden, um den Roggenmehlvorrat loszuwerden usw. In den südamerikanischen ABC-Staaten muß jeder Kohlenimporteur nachweisen, daß er für soundso viel Tonnen eingeführte Kohle soundso viel einheimische Produkte, Weizen, Kaffee usw., eingekauft hat, um sie den Kohlen beizumischen. Welche geradezu grotesken Mittel auch angewandt werden mögen, um die Mehrproduktion zu vernichten, überschreiben kann man so etwas nur mit einem Wort: Kapitalistischer Wahnsinn!

Gemeinsame Unternehmerfront gegen den sozialistischen Generalangriff.

Durch die kapitalistische Mißwirtschaft ist die Forderung der Gewerkschaften nach planmäßigen Kontrollinstanzen deutlich unterstrichen worden. Der Genosse Naphtali hat die Forderungen im einzelnen verschiedentlich begründet. Von den vielen Äußerungen der Unternehmerpresse wollen wir eine herausgreifen, die uns besonders typisch erscheint. In Heft 30 der Wirtschaftszeitung „Ruhr und Rhein" wendet sich der Spitzenartikel sehr scharf gegen die „lauwarme Sozialisierung", um zum Schluß folgendermaßen aufzuklären:

„Die Einstellung der Wirtschaft diesen Vorschlägen gegenüber ist eindeutig und klar. Will sich die Privatwirtschaft nicht selbst aufgeben, so muß sie diese Vorschläge mit aller Schärfe und Konsequenz ablehnen. Naphtali hat dabei trotz aller taktischen Klugheit von seinem Standpunkt aus einen taktischen Fehler begangen. Solange er noch, wie vor zwei, drei Jahren, sich darauf beschränkte, lediglich auf den Kartellen und Syndikaten herumzuhacken, konnte er sich der Hoffnung hingeben, daß nichtkartellierte Zweige der Privatwirtschaft aus einer kurzsichtigen Verstimmung gegenüber den Kartellen heraus ebenfalls mit dem Gedanken einer verschärften staatlichen Kartellkontrolle sympathisierten oder ihr zum mindesten keinen grundsätzlichen Widerstand leisteten. Wir warnten schon damals vor dieser Vogel-Strauß-Politik und sprachen es als Aufgabe aller nichtsozialistischen Kräfte an, „eine größere Einheitlichkeit der privatwirtschaftlichen Auffassungen in ihrer Abwehrstellung gegenüber den gemeinwirtschaftlichen Kräften zu entwickeln". Der jetzige sozialistische Generalangriff wird alle Zweige der Wirtschaft zu gemeinsamer Abwehrfront zusammenschließen. Die Wirtschaft weiß sehr wohl das Gewicht und die Bedeutung einer ständigen Kontrolle zu würdigen. Sie vermißt aber bisher den Nachweis, daß der außerwirtschaftlichen, demokratisch aufgebauten und bürokratisch durchgeführten Kontrolle von Staats wegen der Vorzug gegenüber der Selbstkontrolle einzuräumen wäre .... Die deutsche Wirtschaft braucht kein demokratisches Kontrollamt als Kindermädchen. Sie findet wie die englische Wirtschaft in der Organisierung der Selbstkontrolle als Korrelat der Selbstverantwortung ihren Weg aus den heutigen Schwierigkeiten und lehnt es ab, ihre gegenwärtige Notlage als Exerzierplatz für sozialistische Theoretiker mißbraucht zu sehen."

Die deutsche Privatwirtschaft will also selbst den Weg aus den heutigen Schwierigkeiten durch eine Art Selbstkontrolle finden. Wir sind schon öfter Zeuge derartiger Versicherungen gewesen, ohne eine Besserung zu sehen. Daß „die gesamte Wirtschaft" (lies Unternehmertum) sich zu einer gemeinsamen Abwehr gegen diesen sozialistischen Generalangriff zusammenschließen will, ist zwar nicht neu, aber wert, festgestellt zu werden. Somit kann man der Überzeugung sein, daß alle Reformen zur Kontrolle der Wirtschaft nur gegen den härtesten Widerstand durchgesetzt werden können.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 1.

Am 1. und 2. August fand in Detmold die Zahlstellenleiterkonferenz des Gaues I, Hannover, statt. Anwesend waren 73 Delegierte.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete der Gauleiter Kollege Scheinhardt. Er führte etwa folgendes aus:

Die anhaltende Wirtschaftskrise brachte unseren Funktionären eine Fülle von Mehrarbeit. Am 1. Januar 1930 zählte der Verband innerhalb unseres Gaues 40 000 Mitglieder und am 15. Juli 1931 37 700 Mitglieder. Bei dieser Zahl muß berücksichtigt werden, daß aus dem Freistaat Lippe 900 Ziegler abgewandert sind. Den Stürmen der Wirtschaftskrise in bezug auf unsere Mitgliederbewegung konnten wir also ziemlich gut standhalten. Die Werbekraft des Verbandes ist gut. Im letzten Jahre gewannen unsere Funktionäre 4500 neue Mitglieder. Diese Tätigkeit zeugt von Überzeugungstreue und Arbeitseifer für den Verband. Die mündliche Agitation unserer Funktionäre unterstützten wir kräftig durch die schriftliche und bildliche. Unser Verbandsfilm „Aufstieg" wurde im Berichtsjahre hundertmal vorgeführt. Der Film löste überall größte Begeisterung aus. — Auf dem Gebiete der Jugendbewegung sind wir gut vorwärtsgekommen. In fast allen größeren Zahlstellen haben wir gut arbeitende Jugendgruppen. Unser erstes Jugendtreffen findet am 22. und 23. August 1931 im Teutoburger Walde statt.

Die Wirtschaftskrise, die zunächst nur einige Branchen unserer heimischen Industrien erfaßt hatte, dehnte sich im Laufe des Berichtsjahres auf alle Wirtschaftsgruppen aus. Ständig stieg die Zahl der Arbeitslosen. Im Dezember war innerhalb unseres Gaugebietes jedes vierte Mitglied unseres Verbandes arbeitslos. Für viele unserer Kolleginnen und Kollegen ist die Arbeitslosigkeit nicht eine vorübergehende Erscheinung, sondern ein dauernder Zustand. Die Ursache der heutigen Wirtschaftskrise liegt nicht allein in der Stockung des Absatzes. Das zeigt uns deutlich die Eigenart der Krise. Es sind nicht allein wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, sondern auch politische. Hinzu kommen aber auch die unerhörten Fortschritte in der maschinellen Ausrüstung der Betriebe.

Durch die Rationalisierung in der Kaliindustrie in den Jahren 1924/25 wurden einige tausend Mitglieder arbeitslos. Blühende Orte wurden wirtschaftlich ruiniert. Während der Berichtszeit hat das große Stillegen in der Glasindustrie begonnen. Seit mehr als einem Jahre haben 600 Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Kunstseidenfabrik in Herzberg am Harz beschäftigt waren, keine Arbeit. Durch die Gründung des Gummitrustes unter Führung der Continental sind auch einige tausend Arbeiter brotlos geworden.

Die große Arbeitslosigkeit bestimmte das Unternehmertum, in allen Industriezweigen die Tarifverträge zu kündigen. Die tariflichen Löhne sollten im Durchschnitt für Arbeiterinnen um 7 Pf. und für Arbeiter um 10 Pf. je Stunde abgebaut werden. Für unsere Verbandsmitglieder wäre das eine Wenigereinnahme von insgesamt 175 000 Mk. je Woche gewesen. In der Lohnfrage befanden wir uns in einem großen Abwehrkampfe. Durch diesen Abwehrkampf haben wir erreicht, daß 100 000 Mk. je Woche in den Taschen unserer Mitglieder geblieben sind.

Der Lohnabbau, mit dem die Unternehmer die Wirtschaftskrise überwinden wollten, hat sich als wirtschaftsschädigend erwiesen. Nach der Kürzung der Löhne ist kein einziger Arbeiter mehr in den Betrieb eingestellt worden. Um Arbeit zu schaffen, ist es notwendig, daß die vierzigstündige Arbeitswoche in Deutschland eingeführt wird. Der Kapitalismus zeigt immer mehr, daß er unfähig ist, für alle Menschen Arbeit und Brot zu schaffen. Der Staat muß mit seinen schwachen Finanzen einspringen, um ihn zu retten, der [illegible] sozialisiert die Schulden der privaten Wirtschaft.

Über die Branche „Grobkeramik" berichtete Kollege Haberhauffe. Er führte aus: Das verflossene Jahr habe allgemein einen Konsumrückgang gebracht, so daß die Zahl der Arbeitslosen in der baustofferzeugenden Industrie erheblich zugenommen habe. Der Rückgang der Tätigkeit geht schon daraus hervor, daß 1929 für baugewerbliche Zwecke 9 Milliarden Mark, 1930 aber nur 7 Milliarden Mark aufgewendet werden konnten.

Über den Lohnanteil an den Gesamtbaukosten seien bisher in den Verhandlungen phantastische Zahlen von den Arbeitgebern genannt worden. Hier habe eine Zusammenstellung des Reichsforschungsamtes endlich Klarheit gebracht. Nach dieser Zusammenstellung beträgt der Lohnanteil bei einem Wohnungsblock mit 32 Wohnungen zu 57 und 79 Quadratmeter Nutzfläche je Wohnung 30,76 Prozent.

Der Bericht des Gauvorstandes löste eine lebhafte Aussprache aus. Im Vordergrunde der Aussprache standen die zur Zeit herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Jugendfrage. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Klemm, Hillebrand, A. Karl, Hartleib, Fettkow und Beyer.

Verbandsvorsitzender Kollege A. Karl sprach über die Beschlüsse des Verbandstages in München in bezug auf die Unterstützungen. Will man die Änderungen der Unterstützungseinrichtungen verstehen, so muß man bedenken, daß infolge der Wirtschaftskrise die Einnahmen mit den Ausgaben des Verbandes nicht mehr in Einklang stehen. Die Steigerung der Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung ergibt sich aus der steigenden Zahl der arbeitslosen Mitglieder. Im Jahre 1930 waren 21 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos. 1931 dagegen ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder auf 30 Prozent gestiegen. An eine Verminderung der Arbeitslosigkeit kann in nächster Zeit nicht gedacht werden. Zu der gesteigerten Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung kommt hinzu die Mehrbelastung durch die Einführung der Invalidenunterstützung. Im ganzen wurden in den beiden ersten Quartalen 1931 über zwei Millionen mehr ausgegeben als in der betreffenden Zeit an Einnahmen zu verzeichnen waren. Der Verbandstag mußte darauf bedacht sein, dem Verband die Erfüllung seiner Unterstützungsverpflichtung seinen Mitgliedern gegenüber zu ermöglichen, ohne die Kampfreserven anzugreifen. Es gilt jetzt, alle Kräfte einzusetzen, die Mitglieder zu belehren, sie von der Notwendigkeit der statutarischen Änderungen zu überzeugen und alles aufzubieten, um die Schlagkraft der Organisation zu erhalten.

Alle Diskussionsredner sprachen sich in gleichem Sinne aus.

Über das Thema „Der arbeitende Mensch im Zeitalter der Technik" sprach Kollege Scheinhardt. Einleitend erklärte er das Wesen des kapitalistischen Geistes, die kapitalistische Ordnung und die Technik im Kapitalismus. In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Technik das revolutionäre Element. Sie stürzt fortgesetzt alte Einrichtungen und setzt an deren Stelle neue. In den Mauern des industriellen Großbetriebes steht ein gewaltiger Maschinenpark. Viel Scharfsinn wurde auf die technische und organisatorische Einrichtung des industriellen Betriebes verwandt. Die Maschine sollte eigentlich der Diener des arbeitenden Menschen sein, aber in der kapitalistischen Wirtschaft ist der arbeitende Mensch zum Diener der Maschine geworden.

In den Verbandsbeirat wurden Contenius, Ebert, Beyer und Käster, als Ersatz der Kollege Leisten gewählt.

Für den Abend des 1. August hatte die Zahlstelle Detmold die Delegierten zu einem Unterhaltungsabend eingeladen. Zur Aufführung gelangte ein Sprechchorwerk unter dem Titel: „Arbeit, Mensch und Maschine." Der Abend war für die Delegierten und Gäste ein Erlebnis. Stürmischer Beifall dankte Regisseur und Darstellern für die vortreffliche Leistung.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 11.

Am 18. und 19. Juli tagte in Stuttgart eine von 35 Delegierten der Zahlstellen, zwei Gauleitern und einem Vertreter des Hauptvorstandes besuchte Zahlstellenleiterkonferenz.

Kollege Wörner erstattete den Tätigkeitsbericht der Gauleitung und führte dabei ungefähr folgendes aus: War schon die Wirtschaftslage im Jahre 1929 sehr bedenklich, so hat sie sich im Jahre 1930 zur schwersten wirtschaftlichen Krise entwickelt. Der Rückgang der Belegschaftsziffern in den uns zustehenden Industrien ist nach der Statistik des Württembergischen Gewerbeaufsichtsamts ganz enorm und dürfte, die letzten Monate 1931 mit eingerechnet, die Zahl von 10 000 erreicht haben. Daraus erklärt sich auch der Rückgang der Mitgliederzahl, der sicher noch größer wäre, wenn nicht unser gut ausgebautes Unterstützungssystem sich sehr vorteilhaft ausgewirkt hätte. Für die Agitation gab der Redner praktische Anweisungen. Bezüglich der Lohnbewegungen sei festzustellen, daß die Löhne im großen und ganzen gehalten werden konnten. Erst 1931 trat hierin eine Änderung ein, denn auch wir mußten der allgemeinen Lohnabbaupsychose Opfer bringen. In der Jugend- und Frauenfrage müssen wir das Möglichste tun, wie wir überhaupt dafür Sorge tragen müssen, daß ein weiterer Ausbau unserer Organisation ermöglicht wird.

Kollege Benz berichtete über die Mitgliederbewegung, Beitragsleistung usw. Die Mitgliederzahl im Gau hat gegenüber dem Vorjahre um 179 abgenommen. Das ist den Zeitverhältnissen entsprechend immer noch ein erträgliches Ergebnis. Die Aussprache war sehr lebhaft und sachlich und verriet das große Interesse, das die Delegierten den aufgeworfenen Fragen entgegenbrachten.

Bei Punkt 2 nahm die Konferenz ein instruktives Referat des Kollegen Rößler über „Die Leistungen des Verbandes in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise" entgegen. Der Redner betonte, in der jetzigen Notzeit sei das Gebot der Stunde, die Finanzen in Ordnung zu halten und sparsam zu wirtschaften.

Anschließend daran erstattete der Kollege Kappes den Bericht vom Verbandstag und erläuterte dabei insbesondere die beschlossenen Änderungen der Satzungen.

In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die vom Verbandstag beschlossenen Sparmaßnahmen von den traurigen Verhältnissen bedingt sind. Von verschiedenen Rednern wurde es freudig begrüßt, daß für die jüngeren Kollegen eine Erhöhung der Bezugsdauer für Unterstützung eingetreten ist, weil sich das sicher agitatorisch günstig auswirken wird. So erfreulich es ist, daß der Kollege Geiger in den Hauptvorstand berufen wurde, so wird andererseits doch sein Scheiden aus dem Gau 11 unangenehm empfunden. Als ein Akt der Solidarität wird der Beschluß der größeren und leistungsfähigen Zahlstellen, den kleineren und schwachen Zahlstellen beizustehen, betrachtet.

Als Mitglieder des Verbandsbeirats wurden für den württembergischen Teil der Kollege Geißler (Heilbronn) und als Ersatz der Kollege Geiger (Stuttgart) neu und für den badischen Teil der Kollege Strasser und als Ersatz Kollege Kappes (Freiburg) wiedergewählt.

Eine Änderung in der Besetzung des Gaues soll insofern eintreten, daß der Kollege Benz an Stelle des in den Hauptvorstand berufenen Kollegen Geiger nach Heilbronn als Bevollmächtigter kommen soll. Die zweite Stelle in der Gauleitung bleibt zunächst unbesetzt.

Mit einem anfeuernden Appell an die Delegierten und der Mahnung, das Gehörte in ihrem Wirkungskreis praktisch zu verwerten, schloß Kollege Wörner die Tagung.

Frauenfragen.

Zum Staatsbürgerrecht der verheirateten Frau.

Der Internationale Sozialistische Frauenkongreß, über den wir schon in der Nr. 32 berichteten, beschäftigte sich auch mit der Frage des Staatsbürgerrechts der Ehefrau. Schon öfter haben Frauenorganisationen über diese wichtige Frage beraten. Für die Proletarierin ist die Regelung der Staatszugehörigkeit natürlich besonders bedeutungsvoll. In einer Reihe von Ländern verliert die Frau bei ihrer Verheiratung mit einem Ausländer die durch ihre Geburt erworbenen Staatsbürgerrechte. Im deutschen Staatszugehörigkeitsgesetz heißt es im § 17 Ziffer 3: „Die Staatsangehörigkeit geht verloren für eine Deutsche durch Eheschließung mit dem Angehörigen eines anderen Landes oder mit einem Ausländer." Die Ehefrau verliert also ganz automatisch ihre Staatszugehörigkeit. Sie kann nicht selbst wählen, ob sie die deutsche Staatszugehörigkeit behalten oder die Staatsbürgerrechte ihres Mannes haben will. Das ist sicher ein Unrecht gegen die Frau, das behoben werden muß, zumal damit nicht unerhebliche Nachteile für die Frau verbunden sind. So kenne ich eine tüchtige Betriebsfunktionärin, die mir auf meine Frage, warum sie nicht Mitglied des Betriebsrats sei, antwortete, daß ihre Wahl nicht möglich wäre, da sie nach dem Gesetz „Ausländerin" sein muß. Die Kollegin hat zwar nie das Ausland gesehen, aber ihr Mann ist tschechischer Staatsangehöriger. Sie kann nun weder mitwählen noch gewählt werden, obwohl sie als Funktionärin bei den Wahlen usw. in vorderster Front kämpft.

Es wird vorkommen, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Ausweisung des in Deutschland lebenden Ausländers, dessen Ehefrau rechtlich und praktisch mit ausgewiesen wird. (Während des Krieges ist das oft genug vorgekommen.) Besonders hart trifft es dann die Frau, wenn sie nicht durch die Verheiratung nach dem ausländischen Recht die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erwarb, oder wenn sie einen „staatenlosen" Mann heiratet, was ja ebenfalls vorkommt. In diesen Fällen ist die Frau eben staatenlos, d. h. sie hat nirgends Heimatrechte. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Frauenkongreß in Wien unsere Forderungen und Auffassungen durch folgende Entschließung klar herausgestellt hat:

Die Notwendigkeit der internationalen Regelung der Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau ist bereits anerkannt.

Unabhängig davon, daß für alle Männer und Frauen durch internationale Übereinkommen der Erwerb oder der Wechsel der Staatsbürgerschaft möglichst leicht und einfach gemacht, daß insbesondere das traurige Schicksal der Staatenlosigkeit vermieden werden soll, sind für die Frauen folgende Forderungen zu stellen:

1. Ein Optionsrecht bei der Heirat ist anzustreben. In den meisten Fällen wird es der Frau wünschenswert erscheinen, dieselbe Staatsbürgerschaft zu haben wie ihr Mann. Das soll sie durch bloße Willenserklärung innerhalb einer gesetzlichen Frist erreichen können. Damit sie aber nicht automatisch und auf alle Fälle die eigene Staatsbürgerschaft verliert und die des Ehegatten annehmen muß, wie das heute in den Beziehungen vieler Staaten zueinander der Fall ist, so soll sie selbst wählen können, ob sie ihre eigene Staatsbürgerschaft behalten oder die des Mannes annehmen will.

2. Damit sich nicht ein während der Dauer der Ehe vollzogener Wechsel der Staatsbürgerschaft des Mannes automatisch auch gegen den Willen und die Interessen der Ehefrau auf sie erstrecke, soll der Frau auch für diesen Fall ein Optionsrecht eingeräumt werden. Wenn sie den Wechsel der Staatsbürgerschaft mitmachen will, so soll sie nicht darauf angewiesen sein, für sich ein separates Naturalisierungsverfahren einzuleiten.

Durch die bloße schematische Gleichstellung der Ehefrau mit dem Manne in bezug auf Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft würde die Rechtslage von hunderttausenden Frauen verschlechtert.

3. Das in vielen Staaten heute schon bestehende Repatriierungsrecht (das Recht des Rückerwerbs der früheren Staatsbürgerschaft) der Frauen aus durch gesetzliche Trennung oder durch den Tod des Gatten aufgelösten Ehen ist durch internationale Regelung zu verallgemeinern.

4. Damit auch rechtsunkundige Frauen der Wohltat des Gesetzes teilhaftig werden, ist überall zu fordern, daß die Frauen sowohl bei der Heirat als auch bei einem Wechsel der Staatsbürgerschaft des Gatten während der Ehe von Amts wegen unter Rechtsbelehrung zur Erklärung aufgefordert werden.

Es handelt sich also hier um eine Frauenrechtsforderung, für die wir uns zweckmäßig und allgemein nach wie vor einsetzen. Bemerkenswert ist auch, daß Anfang Juli im Völkerbundssekretariat in Genf ein Komitee von Vertreterinnen der internationalen Frauenorganisationen zusammengetreten ist, das über die maßgeblichen Instanzen des Völkerbundes über die Frage des Staatsbürgerrechts der Ehefrau beraten und die Möglichkeit der Schaffung eines Weltrechts der Ehefrau untersuchen soll. Die nächste Völkerbundsversammlung wird sich wahrscheinlich mit dieser Frage zu befassen haben.

A. J.

Verschiedene Industrien

Die Frauenarbeit in der Spielwarenindustrie.

Die Lohnarbeit der Frauen ist im allgemeinen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in ständiger Zunahme begriffen. Die Zunahme der Frauenarbeit ist eine Folge davon, daß viele Gegenstände, die früher im Hause hergestellt wurden, nunmehr vom Gewerbe geliefert werden. Allerdings spielt auch noch eine Reihe anderer Fragen im Zusammenhange der Entwicklung der Wirtschaft und der damit verbundenen Umstellung der Familien mit, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Als Frauenarbeit entwickelte sich solche, die weniger physische Körperkraft verlangte, um so mehr aber Geschicklichkeit erforderte. Ausnahmen in der Entwicklung brachten die Kriegsjahre 1914—1918. Auch die Verfertigung von Spielwaren stellt im allgemeinen nur geringe Anforderungen an die Körperkraft, dagegen um so größere an die Geschicklichkeit. Es wurden deshalb auch von jeher in erheblichem Umfang Frauen beschäftigt. Ihr Anteil ist gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen; etwa 60 Prozent des Arbeiterzuwachses in der Spielwarenindustrie entfallen auf die Frauen.

Die Frauenarbeit ist in den verschiedenen Branchen an besondere Voraussetzungen geknüpft. In der Holzspielwarenindustrie z. B. sind die Möglichkeiten, Frauen zu beschäftigen, gering. Die meisten Arbeiten müssen von männlichen Kräften geleistet werden. Die Nebenarbeiten, die wohl zum Teil von Frauen geleistet werden könnten, erfordern nur wenig Arbeitszeit und daher wenige Arbeitskräfte.

> **Die Arbeitskraft muß der privaten Ausbeutung entzogen werden.**
>
> **Der Produktionsprozeß ist vergesellschaftlicht und vergesellschaftet den Arbeiter. Immer aber nur passiv als leidendes Objekt fremden Willens. Es ist die Funktion der Gewerkschaften, den Gesamtarbeiter auch bewußt und aktiv herzustellen. Diese Herstellung bewußter und aktiver Gesellschaft ist, wenn irgend etwas, Sozialisierung. Es ist die geschichtliche Mission der Gewerkschaften, die Arbeitskraft bewußt zu sozialisieren, von unten auf, auf demokratischem Wege.**
>
> Dr. Karl Renner („Wege der Verwirklichung"; Verlag J. H. W. Dietz, Berlin).

In wie starkem Maße der Fabrikbetrieb Frauenarbeit an sich zieht, zeigt die starke Beschäftigung weiblicher Personen in der Metallspielwaren-Industrie. In der reinen Blechspielwaren-Industrie wird die Zahl der Arbeiterinnen von den Gewerkschaften mit mindestens 80 Prozent der Belegschaft angegeben. In der Blechkreiselfabrikation konnte durch die Rationalisierung die Frauenarbeit nicht erhöht werden. Das Verhältnis der Männer- zur Frauenarbeit ist hier 1 : 1. Bei der Fabrikation von Trompeten und Karnevalblasinstrumenten aus Blech ist das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenarbeit jetzt 1 : 2 gegenüber 1 : 1 vor dem Krieg.

In der Zinnfigurenfabrikation werden mit Ausnahme der Graveure und Lötarbeiter nur Frauen beschäftigt. In den besonders für Frauen geeigneten Arbeitsbereichen, wie der Stoffspielwaren- und Puppenfabrikation, ist auch der Anteil der selbständigen Betriebsleiterinnen und des weiblichen technischen Personals hoch. In Thüringen waren schon von jeher viele Frauen beschäftigt. Von einem Verdrängen der Männer kann aber nach Angaben der Sachverständigen höchstens in der Stofftierbranche gesprochen werden, wo die Männer früher auch das Ausstopfen der Tiere besorgten. Die Mechanisierung des Produktionsprozesses hat auch in den großen Betrieben der Stoffspielwaren-Industrie zu einer größeren Beschäftigung von Frauen geführt.

In der Spiele-Industrie sind nach einer Erhebung 80 Prozent der Arbeitskräfte weiblich. Für die Karnevalartikel-Industrie wird der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte mit zirka 75 Prozent angegeben. In der Glasspielwaren- und Christbaumschmuck-Industrie ist Männer- und Frauenarbeit fast in gleicher Höhe vorhanden. In der Zelluloidspielwaren-Industrie reicht der Anteil weiblicher Arbeitskräfte bis zu 97 Prozent. In der Attrappenindustrie ist das Verhältnis der Geschlechter ungefähr 1 : 1. Für das Bemalen der Attrappen eignen sich die Frauen weniger. Folgende Zusammenstellung gibt über die beschäftigten Frauen in den einzelnen Produktionsgruppen der Spielwarenindustrie zahlenmäßig und prozentual Auskunft:

Gewerbezweig	Zahl der beschäftigten Frauen insgesamt	in % aller Beschäftigten
Metallspielwaren	7014	58,4
Spielwaren aus Holz	3979	39,4
Puppen	6966	54,3
Stoffspielwaren	2852	70,1
Papierspielwaren	3033	62,2
Glasspielwaren und Christbaumschmuck	3231	50,6
Sonstige Spielwaren und Attrappen	2382	52,7
Spielwaren insgesamt	29457	53,5

Die Zusammenstellung ist dem Bericht des Unterausschusses für die allgemeine Wirtschaftsstruktur (Enquete-Ausschuß für die Spielwarenindustrie) entnommen.

Nach der Betriebsstatistik 1907 wurden in der Spielwarenindustrie 16 943 Frauen = 49,8 Prozent aller Arbeitenden in der Spielwarenindustrie beschäftigt. Nach der Berufsstatistik 1925 war die Zahl der beschäftigten Frauen in der Spielwarenindustrie auf 29 457 gestiegen; das sind 53,5 Prozent aller Beschäftigten.

Die starke Beteiligung der Frauen an der Spielwarenproduktion ist keineswegs nur der hausindustriellen Arbeitsform zuzuschreiben, sondern hat ihre Ursache in der Struktur der Arbeitsmethoden in der Spielwarenindustrie. In der Heimindustrie ist es nicht immer so, daß die Frauenarbeit überwiegt. Im Hauptsitz der Spielwaren-Hausindustrie, in Thüringen, entfallen z. B. auf 11 834 Hausgewerbetreibende nur 5891 Frauen. Der Frauenanteil ist also geringer als bei der Industrie insgesamt.

H. Elflein.

Heimarbeiter, wehrt euch

gegen die Herausnahme der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung!

Durch die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 werden die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter vom 1. November 1931 an aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen, sofern der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers nichts anderes anordnet. Die Not und das Elend in den Heimindustrien von Südthüringen ist jetzt schon unbeschreiblich groß. Was für grauenhafte Zustände würden aber erst eintreten, wenn kein Hausgewerbetreibender und kein Heimarbeiter einen Pfennig Arbeitslosenunterstützung bekommen würde!

Die freien Gewerkschaften haben sich schon immer für die Versicherungspflicht der Hausarbeiter eingesetzt. Um zu verhindern, daß die Heimarbeiter von der Christbaumschmuck-, Ampullen- und Glasaugenindustrie aus der Arbeitslosenversicherung herauskommen, hat der Fabrikarbeiterverband bereits Schritte in die Wege geleitet. Am 12. Juli sprachen in einer Glasbläserversammlung in Lauscha die Kollegin Hanna und der Kollege Dr. Broecker vom ADGB. Berlin, beide Arbeitnehmerbeisitzer im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Auch der Kollege Hartmann vom Bezirksausschuß des ADGB. Mitteldeutschland nahm an dieser Bezirksversammlung teil. Kollege Dr. Broecker führte in seinem Referat „Hausarbeiter und Arbeitslosenversicherung" u. a. folgendes aus:

„Schon bei der Schaffung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 waren Streitigkeiten darüber entstanden, ob die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in die Arbeitslosenversicherungspflicht einbezogen werden sollten oder nicht. Während sich die Gewerkschaften mit allen Mitteln für die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter einsetzten, waren sehr starke Kräfte der Arbeitgeber vorhanden, die erklärten, die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter seien keine Arbeitnehmer, sie seien selbständige Gewerbetreibende, und schon aus diesem Grunde dürften sie nicht erwerbslosenversicherungspflichtig werden. Infolge der tatkräftigen Vertretung der Hausarbeiter durch die Gewerkschaften wurden die Angriffe der Unternehmer abgewehrt und die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Später versuchte man, sie durch eine geschickte Gesetzesauslegung wieder herauszubringen. Eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sagte aber ganz klipp und klar, daß die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in die Versicherung gehören.

Die Angriffe der Unternehmer auf die Sozialversicherung und insbesondere auf die Arbeitslosenversicherung mehrten sich aber von Tag zu Tag. Die Arbeitslosenunterstützung bedeutet für den Arbeitnehmer zweifelsohne eine Stütze im Existenzkampf. Er braucht seine Arbeitskraft nicht für jeden Pfennig an den Unternehmer zu verkaufen. Das trifft vor allen Dingen auch auf die Heimindustrie zu. Der Lohndruck in der Heimindustrie würde noch viel größere Formen annehmen, wenn die Heimarbeiter keine Unterstützung mehr bekämen.

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat einschneidende Verschlechterungen gebracht, hauptsächlich der Unterstützungssätze und -bedingungen. Gleichzeitig kam ein Auftrag an die Reichsanstalt, die Versicherungspflicht der Hausarbeiter erneut zu regeln. Die Arbeitgeber verlangten auch damals wieder, daß sämtliche Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Die VO. vom 18. Oktober 1930 befreite nicht unbeträchtliche Gruppen der Hausarbeiter von der Versicherungspflicht. Versicherungsfrei sind zunächst einmal alle Heimarbeiterinnen, die nicht mehr als 12 Mark in der Woche verdienen. Man stellt die Sache so hin, als wenn diese Tätigkeit, die nicht mehr als 12 Mark einbringt, eine Art Nebenerwerb sei. Verdienste unter 12 Mark wöchentlich sind aber in der Heimindustrie keine Seltenheit. Diese Tätigkeit kann deshalb auch nicht als Gelegenheitsarbeit gewertet werden. Weiter sind die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter versicherungsfrei, die mehr als zwei Familienangehörige oder mehr als eine fremde Hilfskraft beschäftigen. Es wird behauptet, daß ein solcher Hausgewerbetreibender ein halber Arbeitgeber sei, der keinesfalls arbeitslosenversicherungspflichtig sein könne. Die Arbeitgeber waren mit ihren errungenen Erfolgen vom Oktober 1930 nicht zufrieden, sie bohrten weiter und die wirtschaftliche und politische Lage waren ihnen treue Bundesgenossen. Der Meinung der Arbeitgeber schloß sich auch die sogenannte Gutachterkommission an, die sich in dem bedauerlicherweise bekannten Sachverständigengutachten für die Herausnahme der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der AV. einsetzte.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 wendet sich mit jedem Satz, ja, mit jedem Wort gegen die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft; aber ganz besonders gegen die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, gegen die Jugendlichen unter 21 Jahren und gegen die Frauen. Am schwersten sind die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter betroffen. Sie scheiden aus der Versicherungspflicht aus, wenn der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers nichts anderes anordnet. Wie katastrophal sich das für die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden selbst, für die Industrie und auch für die Gemeinden auswirken muß, läßt sich jetzt noch gar nicht beschreiben." Die Kollegin Hanna sprach über „Organisatorische Fragen in der Heimindustrie". Sie wies darauf hin, daß gerade die drei Gruppen, die prozentual am wenigsten organisiert sind, sich also auch am wenigsten wehren können, von der Notverordnung am härtesten betroffen worden sind. Das sind die Heimarbeiter, die Jugendlichen unter 21 Jahren und die Frauen. Von bürgerlicher Seite aus betrachtete man die Heimarbeit als ideales Arbeitsverhältnis. „Der Familienvater arbeitet im Kreise seiner Lieben." Von der SPD. und von den freien Gewerkschaften wurden schon im vorigen Jahrhundert im Reichstage Anträge eingebracht, die Arbeitskraft des Heimarbeiters mehr zu schützen. Im Jahre 1895 war der erste Streik der Konfektionsheimarbeiterinnen von Berlin, Stettin, Erfurt, Leipzig. Der erste Heimarbeiterschutzkongreß war im Jahre 1905. Ein Jahr vorher war die erste Heimarbeiterausstellung, die aber noch recht primitiv war. Sie wurde zwei Jahre später im größeren Ausmaß wiederholt. Sie beschäftigte eine Zeitlang die Öffentlichkeit, zumal auch die Kaiserin diese Ausstellung besuchte. Man hoffte, daß den Heimarbeitern nun endlich besserer Schutz gewährt werden würde, aber von der Regierung wurde nichts unternommen, um das Los der Heimarbeiter auch nur etwas zu bessern. Auf Drängen der Arbeitnehmervertreter wurde im Jahre 1911 ein Hausarbeitsgesetz in Kraft gesetzt, das aber noch keine wesentlichen Besserungen brachte. Eine Änderung trat erst im Jahre 1919 ein. Die Fachausschüsse können jetzt Entgelte beschließen. Unsere Vertreter im Fachausschuß müssen aber ihre Berufskollegen hinter sich haben, erst dann können Erfolge erreicht werden. Der Zusammenhalt in der Heimindustrie muß besser werden, dann werden wir auch vorwärts kommen.

Den beiden Vorträgen schloß sich eine rege Diskussion an. Die Kollegen wandten sich gegen die Argumente des Sachverständigengutachtens und schilderten die Not in der Heimindustrie. Kollege Dr. Broecker und die Kollegin Hanna wurden beauftragt, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung bleiben.

Am Montag besichtigten die Kollegin Hanna und die Kollegen Dr. Broecker und Hartmann die Hausindustrie. Überall die traurigsten Verhältnisse, überall Not und Elend. Und diesen Ärmsten der Armen will man auch noch das letzte Stückchen Brot wegnehmen!

Hoffentlich hören die maßgebenden Stellen die Notschreie der armen Heimarbeiter und ordnen an, daß die Arbeitnehmergruppe auch über den 31. Oktober 1931 hinaus in der Versicherung verbleibt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz muß so abgeändert werden, daß alle Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter wieder der Arbeitslosenversicherungspflicht unterliegen, wie das vor der Novelle vom 12. Oktober 1929 der Fall war.

Chr. Wittig.

Internationale Arbeiterbewegung.

Krise der englischen Arbeitslosenversicherung.

Auch die englische Arbeitslosenversicherung konnte angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit ihre Krise nicht vermeiden. Die Einnahmen der Versicherung sinken, ihre Ausgaben jedoch steigen dauernd. Das Defizit wurde durch Darlehen des Staates an den Arbeitslosenfonds gedeckt, die eine Höhe von 1,6 Milliarden Mark erreichten, die aus den Beiträgen verzinst werden müssen. Die Unterstützungen sind in England erheblich höher als in Deutschland, zumal die Sätze in der Arbeitslosenversicherung gleich hoch sind wie in der Krisenfürsorge, nur erfolgt in der Krisenfürsorge eine Bedürftigkeitsprüfung. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung werden bisher vom Arbeitgeber, Arbeitnehmer und dem Staat zu gleichen Teilen aufgebracht. Die Krise der Arbeitslosenversicherung veranlaßte die Regierung, eine Kommission einzusetzen, die, ähnlich der deutschen Brauns-Kommission, Reformvorschläge zu unterbreiten hatte. Die Kommission hat einen Zwischenbericht veröffentlicht, der die Ansichten der Mehrheit der Kommissionsmitglieder enthält, während die zwei den Gewerkschaften nahestehenden Mitglieder einen Minderheitsbericht erstatteten.

Der Mehrheitsbericht will die Arbeitslosenversicherung sowohl durch Erhöhung ihrer Einnahmen wie durch Einschränkung ihrer Ausgaben sanieren. Er sieht jedoch eine ungleichmäßige Erhöhung der Beiträge vor. Die Beiträge sollen von 22,5 auf 27 Pence je Woche und Arbeiter erhöht werden, auf je 9 Pence wöchentlich für Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das soll durch eine Beitragserhöhung von 2 Pence für den Arbeiter, 1,5 Pence für den Staat und 1 Penny für den Unternehmer aufgebracht werden. Während diese Beitragserhöhung 180 Millionen Mark bringen soll, schlägt der Bericht Einsparungen in Höhe von 480 Millionen Mark vor. Damit würde das Defizit, das gegenwärtig, auf 2,5 Millionen Arbeitslose gerechnet, 800 Millionen Mark im Jahre beträgt, auf 140 Millionen Mark herabgedrückt werden. Die zur Verminderung der Ausgaben vorgesehenen Abbaumaßnahmen sehen vor allem die Herabsetzung der Unterstützung um in der Regel 2 Schilling wöchentlich vor, so daß die Unterstützung des erwachsenen männlichen Arbeiters von 17 auf 15, des weiblichen Arbeiters von 15 auf 13, der erwachsenen Familienangehörigen von 9 auf 8 Schilling herabgesetzt wird. Nur die Kinderzulagen von 2 Schilling für jedes Kind sollen unverändert bleiben. So müßte z. B. die Unterstützung eines Arbeiters mit Frau und zwei Kindern von gegenwärtig 30 Schilling die Woche auf 27 Schilling gesenkt werden. Der Bericht verteidigt diese Herabsetzung der Unterstützung mit dem Hinweis auf die erhebliche Senkung der Lebenshaltungskosten und behauptet, daß die verkürzte Unterstützung eine erheblich größere Kaufkraft gewährleisten dürfte als die ungekürzte im Jahre 1924. Jedoch werden auch andere Abbaumaßnahmen vorgeschlagen, wie die Herabsetzung der Unterstützung für Kurzarbeiter, auf deren Unterstützung die Hälfte des wöchentlichen Verdienstes angerechnet werden soll, ferner Maßnahmen für die Entlastung der Krisenfürsorge einmal durch Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung, zum anderen durch Aussteuerung von Arbeitslosen, die seit länger als sechs Jahren nicht beschäftigt sind. Die Ausgesteuerten müßten sich mit den in der Regel niedrigeren Unterstützungen der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge begnügen. Außerdem soll die Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen innerhalb eines Jahres beschränkt werden. Die Ausgesteuerten müßten dann von der Krisenfürsorge versorgt werden. Laut des Berichts würde eine solche Begrenzung der Unterstützungsdauer sechs Siebentel der Unterstützten unberührt lassen, ein Beweis dafür, daß die Arbeitslosigkeit in England viel häufiger unterbrochen wird als in Deutschland.

Gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung entfalten die Gewerkschaften einen starken Widerstand. Die Regierung erklärte, die Reform der Arbeitslosenversicherung bis zur Fertigstellung des endgültigen Berichtes verschieben zu wollen. Einstweilen sollen nur wenige Vorschriften der gegenwärtigen Versicherung abgeändert werden mit dem Ziel, verschiedene Unzuträglichkeiten und Mißbräuche der gegenwärtigen Versicherung zu beseitigen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Gewerkschaften unerschüttert.

Mißerfolge des kommunistischen und nationalsozialistischen Zellenbaues.

Die freien Gewerkschaften stehen wie ein gewaltiger Block den wirtschaftlichen Stürmen gegenüber. Von ihrem Standpunkt durchaus verständlich, haben deshalb die Feinde der freien Arbeiterbewegung, vor allem die Kommunisten und Nationalsozialisten, diesen zu sprengen versucht. Gewaltige Mittel und große Anstrengungen wurden dafür eingesetzt. Die Erfolge können im allgemeinen als gering bezeichnet werden. In ziemlich klarer Weise wird dies in einem Artikel des „Magazins der Wirtschaft" (Nr. 30) bestätigt. Wir lesen dort:

„Die Versuche der Kommunisten und Nationalsozialisten, in die Gewerkschaften einzudringen, mußten allein schon daran scheitern, daß beide zur Vertretung der vitalsten Interessen der Arbeiterschaft weder die Mittel noch Fähigkeiten mitbrachten. Die Nationalsozialisten, die unter den unorganisierten Arbeitern mindestens zeitweise eine zahlenmäßig starke Anhängerschaft geworben hatten, haben für die freien Gewerkschaften niemals eine ernste Gefahr dargestellt. Methoden und Inhalt ihrer Agitation sind der Vorstellungswelt des Industriearbeiters wenig angepaßt; das Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Bekundungen, das durch den nur teilweise proletarischen Charakter der Bewegung gegeben war, ist bei der Arbeiterschaft nie beseitigt worden. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist immer wieder zu ihrer revolutionären Theorie in Widerspruch geraten und hat deshalb in der täglichen — notwendig reformistischen — Gewerkschaftsarbeit keine Leistungen hervorbringen können. Beide Wege der kommunistischen Gewerkschaftspraxis — Gründung eigener Verbände und Zersetzung der großen Organisationen durch Bildung von Oppositionsgruppen — haben zu keinem nennenswerten Erfolg geführt."

So ist [illegible] der Tat. Die Nationalsozialisten kommen als eine Gefahr für die Gewerkschaften nicht in Frage. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vermag wohl gewerkschaftliche Aktionen zu stören, aber sie auf die Dauer nicht zu verhindern. Bedauerlich ist nur, daß die Gewerkschaftsfunktionäre einen Zweifrontenkrieg führen und ihre Kräfte zur Abwehr derartiger Unterminierungsarbeiten vergeuden müssen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Die Zahlstelle Darmstadt kann in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses gab Veranlassung, am 2. August 1931 im Gewerkschaftshause in Darmstadt eine in bescheidenem Rahmen gehaltene Feier abzuhalten. Gleichzeitig konnten 44 Verbandsjubilare, die größtenteils mit ihren Frauen erschienen waren, besonders geehrt werden. Musikalische Darbietungen und gesangliche Vorträge vom „Volkschor" Darmstadt bildeten den Rahmen der Feierlichkeit. Ein Prolog, vorgetragen von der Kollegin Gertrud Albus, hatte neben der Begrüßungsansprache des Kollegen Reiß den tieferen Sinn der Feier den Festteilnehmern zum Bewußtsein gebracht. Die Festrede hielt Kollege Stahl. Er schilderte die Entstehung und Entwicklung der Zahlstelle Darmstadt und wie insbesondere der leider zu früh gestorbene Kollege Philipp Treusch mit dem damaligen Kartellvorsitzenden W. Knoblauch und später mit den Kollegen Krieger, Müller, Walther, Maurer usw. gemeinsam erbitterte Kämpfe sowohl gegen den Unverstand der Massen als auch gegen das rigorose Unternehmertum zu führen gezwungen waren. Durch ständige Maßregelungen der besten Mitarbeiter haben die Unternehmer versucht, die neu entstandene Organisation der Ungelernten wieder zu vernichten oder sie wenigstens an ihrem Aufstieg zu hindern. Trotzdem hat sich von Jahr zu Jahr die Zahl der klassenbewußten Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen auch in der Zahlstelle Darmstadt vermehrt, so daß im Jahre 1911 zur Gründung einer Bezirkszahlstelle und zur Anstellung des Kollegen Stahl als Geschäftsführer geschritten werden konnte. Die Mitgliederzahl ist seit dieser Zeit von 677 auf 4500 gestiegen, davon sind 906 Kolleginnen. In demselben Maße haben auch die lohnpolitischen Maßnahmen der Organisation und die Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben Fortschritte gemacht. Der Glaube und das Vertrauen zu den Gewerkschaften, so schloß der Redner, wird die gewerkschaftlichen Errungenschaften nicht nur sichern, sondern uns auch unserem Ziel: „völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft", näherbringen. Gauleiter Kollege Rühl (Frankfurt) übermittelte im Namen des Hauptvorstandes und der Gauleitung sowohl der Zahlstelle als auch den Verbandsjubilaren herzliche Glückwünsche. Kollege W. Richter, Vertreter des Ortsausschusses vom ADGB., beglückwünschte in gleichem Sinne die Zahlstelle unserer Organisation im Namen aller Gewerkschaften. Nach der Überreichung der vom Hauptvorstand gewidmeten Ehrenurkunden an die Jubilare dankte in deren Namen der Kollege Joseph Krieger, einer der wenigen noch lebenden Mitbegründer unserer Zahlstelle, und brachte zum Ausdruck, daß die Veteranen des Verbandes nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen würden, um die Organisation zu stärken und ihre Ideale zu verwirklichen.

Dresden: Am 24. Juli 1931 starb an einem schweren Herzleiden unser früheres langjähriges Verwaltungsmitglied und Branchenleiter der Gummiindustrie, der Kollege Robert Hartmann.

25 Jahre war er in vorderster Reihe der Gewerkschaftsbewegung und unserer Organisation treu und unermüdlich im Interesse seiner Kollegen und der Arbeiterbewegung tätig. An seinem Grabe danken wir ihm für alles, was er für seine Organisation tat.

Als leuchtendes Vorbild für unsere Kolleginnen und Kollegen werden wir ihm allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Offenbach a. Main. Am 26. Juli fand in Klein-Auheim für die Belegschaft der Gummiwarenfabrik Fritz Peter eine Versammlung statt, die von ungefähr 350 Mitgliedern, darunter sehr vielen weiblichen, besucht war. Nach der Berichterstattung vom Verbandstag durch den Kollegen Bach sprach die Kollegin Richter (Hirschberg) über das Thema: „Die Stellung der Frau in der Wirtschaft". Sie verstand es vorzüglich, die Wandlungen in der Wirtschaftsweise, die auch eine andere Bewertung der Frau in der Wirtschaft und der Gesellschaft mit sich brachten, herauszustellen. Sie zeigte die einzelnen Entwicklungsstufen auf, wie Übergang vom Hausbetrieb zum Fabrikbetrieb, Übergang zur Dampfkraft und zum Maschinenzeitalter. Im Kriege übernahmen die Frauen fast auf allen Gebieten die Arbeit der Männer. Wenn nach dem Kriege die Frauen wieder zum Teil von manchen Arbeitsplätzen verdrängt wurden, so hat die in den letzten Jahren durchgeführte Rationalisierung wieder eine Steigerung des Frauenanteils in den Betrieben gebracht. In den Nachkriegsjahren wurde die Frau politisch und gesellschaftlich den Männern gleichgestellt. Es besteht also für die proletarische Frau die Verpflichtung, ihren Platz in der Gesellschaft auszufüllen und gemeinsam mit den Männern Schulter an Schulter für die Umstellung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zu kämpfen. Dabei genüge es nicht, zahlendes Mitglied in der Gewerkschaft zu sein, sondern fleißige eigene Fortbildung zu betreiben und durch eifrige Agitation für den Ausbau und die Stärkung des Verbandes zu sorgen. B.

Rostock: Unser ehemaliger Bezirksleiter von Mecklenburg, der Kollege Louis Lütge (Rostock), ist am 31. Juli d. J. von einem langen und schweren Leiden durch den Tod befreit worden. Unser Freund Lütge trat im Jahre 1897 in Hamburg unserem Verbande bei und beteiligte sich sogleich aktiv für die Organisation. Seinen hohen Idealismus für die Arbeiterbewegung hat er bis zu seinem Tode in sich getragen. Als in den Jahren 1900, 1901 und 1902 der Gedanke diskutiert wurde, die Zahlstellen Hamburg und Altona zu verschmelzen, da gehörte unser Freund Louis zu den eifrigsten Verfechtern dieses Gedankens. Im Jahre 1906 wurde Kollege Lütge in der Zahlstelle Groß-Hamburg angestellt, und mit einem wahren Feuereifer arbeitete er für die Organisation, bis der Krieg ausbrach, den er vom Anfang bis zum Ende mitmachte. Nach dem Kriege übernahm er mit Zustimmung unserer Zahlstelle die Geschäftsleitung des Ortsausschusses von Groß-Hamburg; dieses war die anstrengendste und die aufregendste Zeit für Lütge. Er brach unter der Last der Arbeit zusammen und war längere Zeit krank. Als im Jahre 1921 die Bezirksleitung in Mecklenburg neu zu besetzen war, wurde unser Kollege Louis Lütge als Leiter derselben eingesetzt. Im Bezirk Mecklenburg fand er schnell das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen, zumal er das Mecklenburger Platt als gebürtiger Ribnitzer beherrschte. Er genoß die Achtung seiner Kollegen wie auch seiner Gegner, da er ein offener und ehrlicher Charakter war, welcher stets mit blanker Klinge kämpfte. Trotzdem von Zeit zu Zeit sein Leiden wieder in Erscheinung trat, kämpfte er mit aller Energie dagegen an und gönnte sich keine Ruhe. Ende 1929 mußte er leider aus unseren Diensten scheiden, weil sein Körper die Strapazen des Dienstes eines Bezirksleiters nicht mehr zu ertragen vermochte. Anfang des Jahres 1931 hätte er sein 25jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Einige Zahlstellen, die hiervon erfuhren, bedachten ihn mit Glückwünschen. Erzählte er hiervon im kleinen Kreise, dann freute er sich wie ein Kind über diese Aufmerksamkeiten. Ebenso war er beglückt, wenn er seiner Familie oder seinen Kollegen eine Freude bereiten konnte. An seiner Familie hing er mit großer Liebe. Am 3. August d. J. nahmen seine Familie, Freunde und Kollegen im Krematorium in Rostock von ihm Abschied. Ein guter Kollege, ein edler Mensch mit feinem Charakter, ist von uns gegangen. Wir werden unserem Freunde Louis Lütge stets ein treues Andenken bewahren!

Stadtoldendorf. Am 18. und 19. Juli fanden in Stadtoldendorf und Holzminden öffentliche Gewerkschaftsversammlungen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Stadtoldendorf, statt. Kollege Partsch (Hauptvorstand) sprach über das Thema: „Ursachen und Wege der Wirtschaftskrise". Aus dem vortrefflichen Referat können wir leider nur einen Auszug bringen. Der Umfang der Weltwirtschaftskrise ist nicht voll erkennbar, da in vielen Ländern die Arbeitslosen statistisch nicht erfaßt werden können. Infolge dieser Krise, verbunden mit starkem Rückgang des Steueraufkommens und starker Steigerung der Soziallasten, sind die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden stark erschüttert. Die Nationalsozialisten sagen, nur im Young-Plan, nur in den Reparationen, die Deutschland an die ehemaligen Feindbundmächte zahlen muß, liegen die Ursachen der heutigen Krise. Gewiß tragen die Reparationszahlungen mit dazu bei, die Krise zu verschärfen. Aber die Ursachen dieser ungeheuren Krise liegen doch tiefer. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß wir eine Wirtschaftskrise von internationalem Ausmaß haben, und die Länder, welche von Deutschland Reparationszahlungen empfangen, gleichfalls unter einer ungeheuren Krise leiden. Wir haben nicht nur eine Wirtschafts-, sondern gleichzeitig eine Finanzkrise. Verschärft wurde die Kapitalknappheit noch durch die Abwanderung der Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland. Diese Krise ist außerdem eine Strukturwandlungskrise. Eine gewaltige Verlagerung der Wirtschaft ist eingetreten. Die Technisierung, die Rationalisierung haben eine große Produktionssteigerung gebracht. Millionen Arbeitskräfte sind freigestellt. Die Wirtschaftsführer konnten die Produktion stark genug steigern, haben aber leider vergessen, daß diese Mehrproduktion auch abgesetzt werden muß. Der Absatzmarkt wurde stark geschwächt durch unsinnigen Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherung usw. Im Taumel der Rationalisierung und auf Grund der Planlosigkeit in dieser Wirtschaftsordnung, auf Grund des gegenseitigen Konkurrenzkampfes wurden Betriebsanlagen geschaffen, die heute nicht verwertet werden können. Die Konzentration des Kapitals ging mit Riesenschritten vorwärts. Nicht der Marxismus hat den heutigen Niedergang der Wirtschaft herbeigeführt, sondern es sind die Folgen der Entwicklung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Anarchie dieses Systems. Die Arbeiterschaft hat die Folgen dieser Entwicklung am allermeisten zu spüren bekommen. Nur durch den organisierten, planvollen Klassenkampf kann sie sich gegen die ungünstigen Auswirkungen wehren. An Stelle dieser Wirtschaftsordnung muß die Planwirtschaft, die sozialistische Wirtschaftsweise treten. Zielbewußt muß die organisierte Arbeiterschaft auf demokratischer Grundlage dieses Ziel erkämpfen. Es ist ein Widersinn, daß Getreide im Überfluß vorhanden ist und wir unseren Kindern nicht genug Brot reichen können. Es ist ein Widersinn, daß Baumwolle auf Vorrat für ein halbes Jahr und noch länger vorhanden ist, die Arbeiter aber keinen Anzug oder notwendige Wäsche kaufen können. Eine Verkürzung der Arbeitszeit muß eintreten, um die noch Erwerbslosen in den Produktionsprozeß einzureihen, um den Kontakt zwischen der Organisation und den arbeitslosen Kollegen wieder herzustellen. Noch nie sind die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit so gegeneinandergeprallt wie gegenwärtig. Noch nie ist die Organisation notwendiger gewesen als im jetzigen Augenblick. Die Unternehmer fürchten den Fortschritt der Arbeiterschaft, darum auch ihr Kampf gegen die Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeiterschaft muß die Ruhe und Besonnenheit bewahren. Nichts kann uns mehr schaden als politische Unruhen im gegenwärtigen Augenblick. Die organisierte Arbeiterschaft wird ihren Mann stehen. — Brausender Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Die Versammlungen haben manche Zweifel beseitigt, die in bezug auf die Wirtschaftskrise bestanden.

Verbandsnachrichten.

Warnung vor Erich Semisch.

Unter Vorlegung von wahrscheinlich gefälschten oder gestohlenen Mitgliedsbüchern verschiedener freier Verbände und von Ausweisen der Ortsausschüsse des ADGB. versucht ein gewisser Erich Semisch, geb. am 29. Januar 1901, von den Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften Unterstützungen zu erlangen, die ihm nicht zustehen. Wir warnen unsere Ortsverwaltungen vor der Hergabe von irgendwelchen Ausweisen an Semisch, wie vor der Auszahlung von Unterstützungen an ihn.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Unser Mitglied August Pflaum, geb. am 11. Juli 1871 in Arnoldsdorf, Verbandsmitglied seit dem 23. Januar 1919, Zahlstelle Breslau, wurde kürzlich in der Nähe von Maltsch (Schles.) erschossen aufgefunden. Vor seinem Weggange von zu Hause hatte er sein Mitgliedsbuch mitgenommen, doch wurde dies Buch nicht mehr bei der Leiche gefunden. Wir ersuchen unsere Zahlstellenverwaltungen, das Buch, das die Nummer 1 110 560 trägt, zurückzubehalten und an den Hauptvorstand einzusenden, wenn es zu betrügerischen Zwecken vorgezeigt wird. Der unberechtigte Inhaber ist der Polizei zu übergeben.

14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

Durch ein Versehen ist in Nr. 31 des „Proletariers" in der Liste der Delegierten unseres Verbandes der Name des Kollegen Otto Hilpmann (Hamburg) ausgelassen worden, was wir hiermit berichtigen.

Literarisches.

„Die Baraber vom Walchensee." Unter diesem Titel ist im Verlag des Deutschen Bangewerksbundes ein Buch erschienen, das als eine literarisch überaus wertvolle Neuerscheinung geschätzt werden muß. Der Verfasser, Joseph Rambeck, war als Tiefbauarbeiter bei dem Bau des Kraftwerks beschäftigt. Das erklärt die Sorgfalt und die Gründlichkeit seines Werkes und das tiefe Verstehen der Menschen, mit denen er fünf Jahre lang arbeitete, lebte und für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung gegen wirtschaftliche und politische Gegner kämpfte. Das Walchensee-Kraftwerk erstand in den politischen und wirtschaftlichen Sturm- und Drangzeiten der bayerischen Räteregierung und der Inflation, in einer Zeit, als Links- und Rechtsradikale die damaligen Wirrnisse immer wieder auszunutzen versuchten, die Hunderte der Walchensee-„Baraber" für ihre politischen Geschäfte zu mißbrauchen. — Dadurch kommt das fesselnd und unterhaltsam geschriebene, mit Bildern ausgestattete Buch den Kämpfern in der Arbeiterbewegung besonders nahe. Der Preis des 300 Seiten starken, in Leinen gebundenen Buches beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 3 Mk., im Buchhandel 6 Mk. Zu beziehen ist es vom Verlag des Deutschen Bangewerksbundes, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5/6, oder von den Ortsverwaltungen des Bundes.

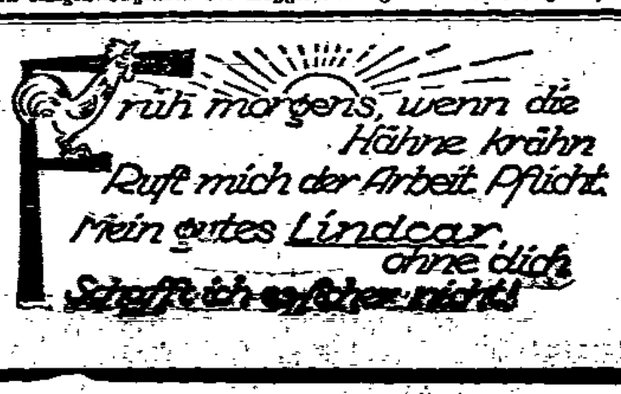
Als Nr. 4 der Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher ist im Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW 68, eine Arbeit von Dr. Otto Friedländer mit dem Titel „Der Staat der deutschen Arbeit", 48 Seiten stark, 50 Pf., erschienen. Es wird der Versuch gemacht, ein Bild von den sozialen Leistungen des deutschen Volksstaates zu geben.

Gegen die Arbeitsdienstpflicht. Von Ernst Wilh. Neumann. Verlagsdruckerei Willi Trabach, Berlin N 113. 48 Seiten. Preis 0,80 Mk. Die Schrift behandelt ausführlich das umstrittene Problem und bringt umfangreiches Material für die Undurchführbarkeit der Arbeitsdienstpflicht bei.

Dr. A. Ingow: Der Fünfjahresplan. Eine objektive Darstellung der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Rußland. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. 128 Seiten. 1,75 Mk.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 7 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Ehrenrangliste für das Dritte Reich von Dr. Helmut Klotz. Verlag der VP.-Korrespondenz, Berlin NW 87, Siegmundshof 12. Juli 1931; Einzelpreis 50 Pf. Die vorliegende Schrift enthält die Darstellung des — kriminellen — Vorlebens von einigen Dutzenden der maßgebenden Funktionäre der Hitlerpartei.



Beilage zum Proletarier

Nummer 33 — Hannover, 15. August 1931 — 40. Jahrgang

Chemische Industrie

Die chemische Industrie gegen den Aufruf des Parteivorstandes.

In dem Werk Niederau der Rütgerswerke erschien am Schwarzen Brett folgende

Bekanntmachung!

„Der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie Deutschlands wendet sich in einem Aufruf an seine sämtlichen Mitglieder und nimmt gegen die Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Stellung.

Wir kommen dem Wunsche des Verbandes nach und bringen nachstehende Gegenkundgebung des Arbeitgeberverbandes den Belegschaftsmitgliedern unseres Werkes zur Kenntnis.

Niederau, den 23. Juli 1931.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat den jetzigen Augenblick höchster Not von Volk und Wirtschaft zum Anlaß genommen, in einem Aufruf an das deutsche Volk gehässige Angriffe gegen die deutschen Unternehmer und die jetzige Wirtschaftsordnung zu richten. Der Angriff geht fehl. Wir arbeiten in Deutschland in einer durch politische Eingriffe verfälschten und in ihrem inneren Ausgleich gehemmten kapitalistischen Wirtschaftsform, die die zerstörenden Folgen der Reparationspolitik zu tragen hat. Seit Jahren haben der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vergebens warnend die Folgen dieser Störungen für den Ertrag der deutschen Wirtschaft und damit für die Beschäftigung und den Verdienst der deutschen Arbeiter vorausgesagt.

Den öffentlichen Streit hierüber lehnen wir jetzt ab. Wir überlassen es dem deutschen Volk, das Urteil über diejenigen zu fällen, die in der Zeit größter gemeinsamer Gefahr parteipolitische und agitatorische Bedürfnisse über die vaterländische Pflicht einmütigen Zusammenstehens unseres ganzen Volkes zur Überwindung der augenblicklichen Erschütterung stellen, und die durch das Aufreißen innerer Gegensätze die Vertrauenskrise verschärfen, deren Beseitigung für alle Verantwortungsbewußten das Gebot der Stunde sein muß."

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hat sich also auf den Boden des Aufrufs des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gestellt. Daß ausgerechnet die Rütgerswerke den Aufruf am Schwarzen Brett anschlagen, ist darum interessant, weil die „Rütgerswerke, Aktiengesellschaft" auch ein Gebilde ist, das bei seinen Zusammenschlüssen- und Beteiligungen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch Finanzinteressen verfolgte, die dem Unternehmen nicht immer förderlich waren. Die Rütgerswerke beschäftigen sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Teerprodukten und zum größten Teil auch mit deren Weiterverarbeitung. Sie beschäftigten Ende 1930 etwa 2400 Arbeiter und 480 Angestellte. Ein nicht unwesentlicher Teil ihrer Produktionswerkstätten besteht in Holzimprägnieranlagen mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von zusammen einer Million Kubikmeter Hölzer aller Art.

Daneben ist die Gesellschaft mit einem Kapital von 13 Millionen Mark an der Deutschen Petroleum-AG. in Berlin beteiligt. Wir übergehen eine Reihe von Beteiligungen an chemischen Werken und erwähnen nur die Beteiligungen am niederschlesischen Kohlenbergbau. Diese Bergbauinteressen haben in den letzten Jahren wiederholt die Gewinne aus den chemischen Fabriken aufgezehrt, so daß in den Jahren 1924 bis 1926 Dividenden überhaupt nicht ausgezahlt werden konnten. Während 1927 und 1928 6 Proz. Dividende und 1929 5 Proz. Dividende ausgeschüttet wurden, war 1930 wieder dividendenlos. Da die chemischen Betriebe in diesen Jahren gut gearbeitet haben, der In- und Auslandsabsatz, namentlich an Teerfeinprodukten, gut war, ergibt sich, daß der Inhalt des Aufrufs der Sozialdemokratischen Partei auch bei den Rütgerswerken das Richtige getroffen hat. Es sind Fehlinvestitionen vorgenommen worden. Wenn die Rütgerswerke den Aufruf des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am Schwarzen Brett angeschlagen haben, muß daraus geschlußfolgert werden, daß sich diese Gesellschaft ganz besonders von dem Aufruf getroffen fühlt.

Daß ausgerechnet der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands diesen Aufruf an seine Mitglieder herausgegeben hat, überrascht uns einigermaßen. Wir hätten ihn für zu klug dafür gehalten. Über gehässige Angriffe haben sich am wenigsten die Unternehmer der chemischen Industrie zu beklagen, die in frivoler Weise, ohne jede wirtschaftliche Not, den Arbeitern in diesem Frühjahr den Lohn abbauten, nachdem schon umfangreiche Akkord- und Prämienkürzungen in den Fabriken willkürlich durchgeführt waren. Mit diesen Maßnahmen hat der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie bewußt die Kaufkraft der Arbeiterschaft geschwächt und dadurch die Krise verschärft. Wenn der Verband angeblich den Streit über die schädliche Wirkung des Parteiaufrufs jetzt ablehnt, wollten wir mit unseren Ausführungen beweisen, daß auch der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie an den jetzigen wirtschaftlichen Zuständen nicht unschuldig ist, und daß bekanntermaßen in den Kreisen seiner Mitglieder Kapitalverschieber großen Stils vorhanden sind, die der deutschen Wirtschaft mit voller Überlegung neugebildetes Kapital entzogen haben.

G. Haupt.

Der Auslandsabsatz des Deutschen Kalisyndikats um 50 Prozent zurückgegangen.

Bereits im Jahre 1930 zeigte der Auslandsabsatz des Deutschen Kalisyndikats gegenüber dem Jahre 1929 einen Rückgang von 5,52 Prozent. Infolge der Weltwirtschaftskrise ist ein weiterer starker Rückgang eingetreten. Nach der amtlichen Handelsstatistik wurden im ersten Halbjahr 1931 nur 244 260 Tonnen Kalisalze im Werte von 15,2 Millionen Reichsmark ausgeführt gegenüber 471 765 Tonnen im Werte von 30,4 Millionen Reichsmark im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 541 032 Tonnen im Werte von 35,4 Millionen Reichsmark im Jahre 1929. Demnach hat sich die Kaliausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 48 Prozent und gegenüber 1929 um 55 Prozent verringert.

Der Gesamtabsatz des Kalisyndikats im ersten Halbjahr 1931 beträgt rund 6 740 000 Doppelzentner Reinkali. Davon entfallen nur 36 Prozent auf den Auslandsabsatz. Im Durchschnitt betrug der Auslandsabsatz immer etwa 40 Prozent. Demnach ist der Auslandsabsatz infolge der Weltwirtschaftskrise stärker zurückgegangen als der Inlandsabsatz. Nach der „DBZ." betrug die

Kaliausfuhr im ersten Halbjahr

	1929	1930	1931
in Millionen Reichsmark	35,4	30,4	15,2
in Tonnen	541 032	471 765	244 260
nach USA.	118 959	116 896	96 351
Tschechoslowakei	65 809	48 681	36 635
Belgien	27 777	31 279	25 509
Großbritannien	36 572	29 134	21 642
Holland	71 497	91 471	15 113
Dänemark	25 291	28 074	14 106
Schweden	25 732	23 871	8 654
Polen	86 634	13 522	139
sonstige Länder	82 761	88 837	52 111

Gegenüber dem Jahre 1930 beträgt der Rückgang in USA. rund 41, in der Tschechoslowakei 25, in Belgien 19, in Großbritannien 26, in Holland 84, in Dänemark 50, in Schweden 64, in Polen 89 und in den sonstigen Ländern 42 Prozent. Auffallend ist der äußerst starke Absatzrückgang in Polen, Holland, Schweden und Dänemark.

Polen dürfte infolge der Krise die Einfuhr von Kalisalzen ziemlich stark eingeschränkt oder Kalisalze von Frankreich bezogen haben. In Schweden und Dänemark ist der Rückgang zweifellos auf die Schielesche Zollpolitik zurückzuführen. Anders liegen dagegen die Verhältnisse in Holland. Nachdem die deutsche Landwirtschaft in stärkerem Umfange als früher dazu übergeht, Frühgemüse und andere Edelerzeugnisse auf den Markt zu bringen, werden anscheinend unsere Düngemittel boykottiert. Es ist aber auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich in den Ländern mit starkem Absatzrückgang die ausländische Konkurrenz bemerkbar macht.

wh.

Papier-Industrie

Cosacksche Papierfabrik in Arnsberg.

Seit längerer Zeit befindet sich dieser Betrieb in Konkurs. Geschäftsführer derselben war ein Herr Steinwender, der nach dem Adreßbuch von Günther-Staib gleichzeitig Inhaber und Leiter der Papierfabrik Delstern, G. m. b. H., vormals Vorster u. Ko., in Hagen-Delstern, ist. Herr Theodor Steinwender ist unseres Wissens gleichzeitig Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, Gruppe Westfalen. In dieser Eigenschaft ist er der organisierten Papierarbeiterschaft bereits seit 1919 als sehr unliebsam bekannt. Stets ging sein Bestreben dahin, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der westfälischen Papierarbeiterschaft auf einem möglichst niedrigen Stand zu halten.

Am 19. Juni d. J. fand in Arnsberg die Gläubigerversammlung der Cosackschen Papierfabrik unter dem Vorsitz des Konkursverwalters Herrn Busso Lübke statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Geschäftsführung der Cosackschen Papierfabrik durch Herrn Steinwender außerordentlich kritisch unter die Lupe genommen. Die in dieser Gläubigerversammlung Herrn Steinwender vorgeworfenen Unstimmigkeiten lassen den Verdacht nahekommen, daß es sich bei der Cosackschen Papierfabrik um einen betrügerischen Bankerott handelt; mindestens scheint aber jahrelange Bilanzverschleierung vorzuliegen.

Zunächst wurde festgestellt, daß Herr Steinwender mindestens seit 1924 die Aufstellung der Bilanz für die Cosacksche Papierfabrik in Delstern derartig vornahm, daß er sich das notwendige Zahlenmaterial aus Arnsberg telephonisch übermitteln ließ. Dabei sollen nun Herrn Steinwender für die Teilhaber der Firma recht unangenehme Hörfehler unterlaufen sein. In der Gläubigerversammlung wurde zum Beispiel festgestellt, daß Herrn Steinwender telephonisch auf seine Anforderung Außenstände mit 73 000 Mark angegeben wurden, die er mit 273 000 Mark in die Bilanz eintrug. Die gleiche Gehörstörung begegnete Herrn Steinwender bei den Fertigwaren. Dieser Posten wurde telephonisch mit 83 000 Mark übermittelt; Herr Steinwender aber hörte 283 000 Mark und trug diesen Betrag in die Bilanz ein. Nur so dürfte es möglich gewesen sein, daß unter der Führung Steinwenders im Jahre 1928, als die Firma sich bereits in den größten Schwierigkeiten befand, noch 28 000 Mark Dividende ausgeschüttet werden konnten.

Im Februar 1931 verpfändete Herr Steinwender der Hagener Bank 70 000 Kilogramm Holzstoff. Der Prokurist Lenze der Cosackschen Papierfabrik wurde telephonisch von Herrn Steinwender verständigt, daß der Direktor der Hagener Bank nach Arnsberg komme, um sich die verpfändete Holzstoffmenge anzusehen; Lenze möge dem Bankdirektor die verpfändete Menge zeigen. Da eine derartige Holzstoffmenge nicht auf Lager war, teilte Lenze Steinwender mit, daß nur 30 000 Kilogramm Holzstoff vorhanden seien. Dessenungeachtet soll Steinwender den Prokuristen Lenze angewiesen haben, daß dieser das vorhandene Quantum Holzstoff dem Direktor der Hagener Bank in der Höhe von 70 000 Kilogramm angebe. Lenze führte diesen Befehl aus, bekam aber doch Gewissensbisse, fuhr nach Hagen und gestand dem Direktor der Hagener Bank die Wahrheit. In der Gläubigerversammlung wurde dieses Verfahren damit gekennzeichnet, daß hervorgehoben wurde, Steinwender habe versucht, der Hagener Bank 50 Prozent Holzstoff und 50 Prozent Wasser anzudrehen.

Bemerkenswert ist, daß die vier Prokuristen der Cosackschen Papierfabrik infolge des Gesellschaftsvertrages nie eine Jahresbilanz in die Finger bekamen. Jegliche Kontrolle, ob die Zahlen richtig eingesetzt wurden, scheint demnach gefehlt zu haben.

Die Gesellschafter haben hervor, daß es Steinwender durch diese Bilanzaufstellungen noch gelungen sei, neue Mittel in der Höhe von 130 000 Mark aus den Gesellschaftern herauszuquetschen.

Ferner wurde Steinwender vorgeworfen, er habe von der Holzschleiferei Oeventrop 20 Waggons Holzstoff nach Delstern kommen lassen; das Bezahlen aber vergessen.

Für eine Schuld im Betrage von 4000 Mark verpfändete Herr Steinwender eine alte Beklebemaschine, deren Wert er auf 4300 Mark angab. Die Nachprüfung durch einen Sachverständigen ergab, daß diese Maschine höchstens noch einen Schrottwert von 80 Mark besitze.

Herr Steinwender wußte auf die erhobenen Vorwürfe so gut wie nichts zu erwidern und redete sich lediglich auf Hörfehler hinaus. Einige in der Gläubigerversammlung als Vertreter anwesende Rechtsanwälte gaben bekannt, daß sie gegen Herrn Steinweder Strafantrag gestellt hätten. Seine Villa in Delstern und die sonst noch erreichbaren Sachwerte sollen bereits zugunsten der Gläubiger gepfändet worden sein. Die Papierfabrik Delstern, die Eigentum Steinweders ist, befindet sich ebenfalls in Konkurs.

Bei einwandfreier und genauer Geschäftsführung dürfte es höchstwahrscheinlich möglich gewesen sein, nicht nur die Cosacksche Papierfabrik in Arnsberg zu retten, sondern auch den Konkurs in der Papierfabrik Delstern zu vermeiden.

Einer der größten Scharfmacher in der Papiererzeugungsindustrie Westfalens hat seine Rolle ausgespielt. Den Schaden seiner Geschäftsführung tragen nicht nur die Firmenteilhaber und Gläubiger, sondern in noch empfindlicherer Art und Weise die von den Konkursen betroffenen Papierarbeiter in Arnsberg und Delstern, die im Zeichen der heutigen Wirtschaftskrise nicht nur der Arbeitslosenfürsorge, sondern wahrscheinlich auch der Wohlfahrtsfürsorge zur Last fallen.

G. Stühler.

Syndikate und Kartelle.

In Deutschland erfolgte die Gründung eines Verbandes zur Herstellung von Chromoersatzkarton unter der Bezeichnung: Syndikat Chromoersatzkarton-Verband, mit dem Sitz in Charlottenburg, Neue Grolmannstr. 5. Das Syndikat hat am 15. Juli seine Verkaufstätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsführung liegt in Händen des Verbandes Deutscher Kartonfabriken. Dem Syndikat gehören an:

1. Buchmann, G. m. b. H., Rinnthal-Sarnstall.
2. Krause & Baumann, AG., Heidenau.
3. Feldmühle, AG., Stettin.
4. Kartonpapierfabriken, AG., Gr.-Särchen.
5. Papierfabrik Batenfurt, AG.
6. Papierfabrik Rosenheim, AG.
7. Papier- und Kartonfabrik Köttewitz, G. m. b. H.
8. Franz Reinelt, Grunau i. Sa.
9. Vereinigte Holzstoff- und Papierfabriken, AG., Niederschlema.

Außerdem hat die Firma Leonhardt Söhne in Crossen a. d. Mulde mit dem Syndikat einen Anhängervertrag derart abgeschlossen, daß sie zu den Bedingungen des Syndikats ihre Abnehmerschaft weiter beliefert.

Unter der Bezeichnung Centrale de Usines à Papier wurde in Paris für die französische Packpapierindustrie ein Verkaufssyndikat neu errichtet, dem sich fünf der größten französischen Packpapierfabriken anschlossen.

Das Skandinavische Holzstoffkartell, dem die Organisationen der Holzstoffabrikanten in Finnland, Norwegen und Schweden angehörten, ist zusammengebrochen. Das Kartell versuchte durch einen Produktionseinschränkungsvertrag im Interesse der skandinavischen Holzstoffindustrie absatz- und preisregulierend zu wirken. Die norwegischen Holzstoffabrikanten haben das Abkommen zum 1. April 1932 mit der Begründung gekündigt, daß rund ein Drittel der in Norwegen vorhandenen Holzschleifereien dem Kartell nicht angehört, dagegen diesem Schwierigkeiten bereitet.

Auf diese Kündigung dürfte es zurückzuführen sein, daß nach Meldungen Stockholmer Zeitungen die Mehrzahl der schwedischen Holzschleifereien den Beschluß faßte, zur Überbindung der Absatzschwierigkeiten vom 1. Juli d. J. an ihre Betriebe auf die Dauer von mindestens einem Monat einzustellen und diese Produktionsunterbindung auf mindestens zwei Monate auszudehnen.

In der Tschechoslowakei ist das Packpapierkartell gleichfalls zusammengebrochen. Als Ursache werden die Preisunterbietungen der Außenseiter und die Einfuhrpreise deutscher und schwedischer Packpapiere, die unter den Kartellpreisen liegen, angegeben. Hinzu kommt, daß in der Ausfuhr eine weitere Verschlechterung eingetreten ist.

G. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die holländische Margarineindustrie im Jahre 1930.

Holland gehört bekanntlich zu den Ländern, in denen zuerst Margarine erzeugt wurde. Die Margarineindustrie in Holland ist bis zum heutigen Tage für die Fettversorgung von erheblicher Bedeutung geblieben. Die Zahl der Betriebe ist zwar nicht sehr groß. Gemessen an der Zahl der Einwohner ist aber die Produktion von wesentlicher Bedeutung. Seit dem Jahre 1926 hat sich die Margarineindustrie Hollands folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Zahl der Betriebe	Margarineerzeugung, in Tonnen zu 1000 Kilogramm	Inlandsabsatz in Tonnen zu 1 000 Kilogramm	Ausfuhr in Tonnen zu 1 000 Kilogramm
1926	13	134,384	55,482	79,327
1927	16	140,784	62,377	77,607
1928	16	139,925	66,512	73,421
1929	14	132,720	71,243	61,744
1930	17	127,610	70,846	57,639

Bis zum Jahre 1928 stieg also die Zahl der Betriebe und ging dann um zwei zurück, im Jahre 1930 stieg sie wieder um drei. Die Margarineerzeugung stieg zunächst ebenfalls. Sie ging dann vom Jahre 1928 an zurück. Ein erheblicher Rückgang bei der Produktion ist im Jahre 1930 zu verzeichnen. Im Jahre 1926 war die Ausfuhr an Margarine erheblich größer als der Inlandsverbrauch. Der Inlandsverbrauch steigt dann dauernd bis zum Jahre 1929. Im Jahre 1930 ist er etwas zurückgegangen. Immerhin aber war auch im Jahre 1930 der Inlandsverbrauch wesentlich höher als die Ausfuhr.

Der Rückgang des Inlandsverbrauchs im Jahre 1930 ist in erster Linie auf einen bedeutenden Preisrückgang bei der Butter zurückzuführen. Stand in den Jahren 1928 und 1929 die Butter im Preise über der Margarine, so ist der Butterpreis im Jahre 1930 zum Teil unter den Margarinepreis heruntergegangen. Ein Vergleich mit deutschen Verbrauchsverhältnissen zu ziehen, ist hier kaum möglich. Die holländische Butter ist nicht immer mit der deutschen Molkereibutter zu vergleichen, aber auch die holländische Margarine kann nicht immer mit der in Deutschland hergestellten Margarine verglichen werden. Stellen wir den Butter- und Margarineverbrauch in Holland gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Jahr	Margarineverbrauch in Holland insgesamt in Tonnen zu 1000 Kilogramm	Margarineverbrauch in Holland je Kopf der Bevölkerung in Kilogramm	Butterverbrauch in Holland insgesamt in Tonnen zu 1000 Kilogramm	Butterverbrauch in Holland je Kopf der Bevölkerung in Kilogramm
1926	55,200	7,4	43,000	5,8
1927	61,700	8,1	43,200	5,7
1928	64,700	8,4	44,700	5,8
1929	71,800	9,2	45,500	5,9
1930	70,100	8,9	51,000	6,5

Danach steht der Margarineverbrauch in Holland sowohl mengenmäßig als auch je Kopf der Bevölkerung wesentlich höher als der Butterverbrauch. In Deutschland steht Margarine- und Butterverbrauch gegenwärtig fast gleich. Der Margarineverbrauch beträgt ungefähr 7,8 Kilogramm je Kopf und der Butterverbrauch rund 7,5 Kilogramm je Kopf. Holland verbraucht also je Kopf der Bevölkerung verhältnismäßig viel mehr Margarine als Deutschland.

E. Senkfeil.

Gute Gewinne der Maggi-AG. zu Singen.

In der Tagespresse erscheinen Mitteilungen über den Geschäftsabschluß der „Allgemeinen Maggi-Gesellschaft, AG.", die zwar ihren Stammsitz in der Schweiz, aber in Singen (Hohentwiel) den größten Betrieb hat. Nach den Pressemitteilungen hat die Maggi-Gesellschaft das Jahr 1930 geradezu blendend abgeschlossen. Der Bruttogewinn beträgt 8,32 Millionen Schweizer Frank (im Vorjahre 8,50). Nach Abzug von 1,68 Millionen Frank (1,71) verbleibt ein Reingewinn von 6,63 Millionen Frank (im Vorjahre 6,78). Das Aktienkapital beträgt 24 Millionen Frank, so daß ein Reingewinn von mehr als 27 Prozent des Aktienkapitals erzielt wurde. Auf das Aktienkapital und auf 4,8 Millionen Frank Genußscheine soll eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden. Durch die weiter zur Verfügung stehende Summe soll der Spezial-Reservefonds von 2,2 Millionen Frank auf 4,8 Millionen Frank erhöht werden.

Das ist für die bestehenden Verhältnisse ein geradezu glänzender Abschluß. Die Maggi-Gesellschaft stellt die bekannten Suppenwürfel, Bouillonwürfel usw. her. Ihr Fabrikat wird in erster Linie von der minderbemittelten Bevölkerung gekauft. Die ärmsten Schichten des deutschen Volkes sind es also, aus denen diese Gewinne herausgeholt werden. Damit die Verbraucher über die wirklichen Gewinne hinweggetäuscht werden, wird die Dividende nur auf 10 Prozent bemessen. Der Rest des Gewinnes verschwindet in Kanälen, über die die Öffentlichkeit eine Kontrolle nicht hat. Man klagt über Mangel an Absatz. Würden derartige Gesellschaften, die in erster Linie Produkte für den Massenkonsum herstellen, sich mit etwas weniger Gewinn bescheiden, dann könnte der Absatz und mithin auch die Produktion wesentlich gesteigert werden. Solange wir aber in der kapitalistischen Wirtschaft leben, produzieren die Betriebe ja nicht, um den Massenkonsum zu decken, sondern des Gewinnes wegen.

E. Senkfeil.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Massengräber.

Und führt euch eines Tages der Sommerwind,
wo wir in lang verstummter Runde schlafen,
hier liegen, die für euch gestorben sind,
und jene auch, die unsre Kugeln trafen.

Die sich erschlugen in des Todes Reigen,
wir ruhen brüderlich nun Hand in Hand.
Wir gingen alle in dasselbe Schweigen,
die Erde, unser aller Vaterland.

Die Erde blüht. Was blieb nun von uns allen?
Ihr jauchzt, küsset, wenn der Tag erwacht.
Wir aber müssen hier zu Staub zerfallen.
Kurz ist das Leben, ewig währt die Nacht.

Doch manchmal weint der Wind wie Frauenjammer,
wir hören es von kleinen Füßen gehn.
Dann stöhnt es dumpf in unserer Kammer,
und bäumt sich auf und kann nicht auferstehn.

Verflucht die Hand, die lüstern nach dem Schwert gegriffen!
Verflucht der goldgekrönte Länderwahn!
Verflucht die Stümper, die mit Komödiantenkniffen
dem eigenen Volk das Schlachthaus aufgetan!

Verflucht, was droben laut als Weltgeschichte prahlt,
das von den Großen dieser Erde heiß begehrt;
der ganze Ruhm, den sie mit unserem Blut bezahlt,
war nicht die Tränen einer armen Mutter wert!

Wilhelm Lamszus.

„. . . ist schon erschossen!"

Von Heinz Liepmann.

Der Bergwerksbesitzer Michail Barenin fuhr in die südliche Krim, um seinen Steinkohlenbergwerken einen Besuch abzustatten; da war die Barenin-Grube mit achthundert Arbeitern und die Russisch-Schweizerische Kohlengesellschaft, die ihm zur Hälfte gehörte, mit zwölfhundert Arbeitern. An einer kleinen Station stieg ein Pope ins Abteil und sagte, Kerenski sei gestürzt, die rote Armee rücke heran. Barenin stieg an der nächsten Station aus, obgleich er dem Popen nicht recht traute, und fuhr mit dem Schnellzug zurück nach Charkow, der Hauptstadt der Krim, wo er mit Frau und zwei Töchtern lebte. Die Stadt war schon voll wilder Gerüchte und es bildeten sich bereits Parteien; der Zimmermann Sajenko, ein Zuchthäusler, war Kommissar geworden, und obgleich es noch einige Polizisten gab, die ihren Posten noch nicht verlassen hatten, waren sie doch schon machtlos und wagten sich kaum mehr aus dem Polizeihaus heraus. Die Kaufläden und die Basare waren geschlossen, nachdem die besorgten Bürger die letzten Einkäufe gemacht hatten, nur die Kohlenhändler hielten noch aus, weil es, zwar noch im September, doch schon ein früher Winter wurde; es waren unheimliche Tage. Noch hockte Sajenko in seiner Tischlerei, die kleinen roten Augen an die Scheiben seines Ladens gepreßt, neben ihm sein Gehilfe Robert, ein Lette.

Es lag eine unruhige und gefährliche Stimmung über der Stadt, man hatte die Revolution bisher noch nicht recht ernst genommen, denn Petrograd und Moskau waren weit, nun aber hörte man schon unter den düsteren Herbstnebeln von fern Schießen und Explosionen; die Bauern, die in die Stadt flüchteten, erzählten die ungeheuerlichsten Schauergeschichten, die Bürger verrammelten Fenster und Türen.

In der nächsten Nacht waren sie da, kamen auf triefenden Gäulen durch die Stadt geritten, warfen die Laternen um und in die Scheiben der Warenhäuser, schossen in die Fenster hinein, betranken sich in den Schenken, waren die Herren der Stadt, die sich furchtsam duckte. Alles war dunkel und wie gestorben in den Straßen und Häusern.

Es pulverte an die Tür des Hauses Barenin. „Aufmachen!" Es wurde geöffnet, was sollte man machen? Fünf Soldaten kamen herein, mit Handgranaten und Revolvern förmlich gespickt. Einer von ihnen ging auf den Hausherrn los: „Bist du der Bergwerksbesitzer Barenin?" fragte er. Barenin bejahte. „Du bist verhaftet!"

Die Verhafteten, ungefähr zweihundert der reichsten Bürger der Stadt Charkow, waren Gefangene der Tscheka und wurden in das Cholodnaja Gora gebracht, das Zuchthaus. Der Kommissar war Sajenko, und jeden Morgen wurden zehn der Gefangenen ohne Urteil erschossen. Er stand neben den Verurteilten, wenn er „Feuer" kommandierte, und sah ihnen in die Augen. Er studierte, wie die Augen seiner Opfer erstarben und brachen. Man erzählte sich damals eine kleine Geschichte, die aber wohl nicht wahr ist: seiner kleinen, roten, entzündeten Augen wegen soll Sajenko von einem Mädchen, das er liebte, einen Korb bekommen haben, nun haßte er alle Augen.

In Barenins Hause waren die Frau und die beiden Töchter des Bergwerksbesitzers Barenin.

In dem großen Hauptsaal des Zuchthauses sind die Bürger, fünfzig von ihnen hat man schon erschossen, es kommt gar nicht darauf an. Jeden Morgen, wenn es noch dunkel ist — man hat kein Licht — holt man zehn.

Eine Kirchenuhr schlägt von fern fünf Uhr morgens. Das ist ein Wunder, daß noch eine Kirchenuhr schlägt, denken die Gefangenen. Die Saaltür wird aufgeschlossen, im Schein der Fackeln glänzen die Bajonette, und Sajenko tritt vor, ein Papier in der Hand. „Wen ich aufrufe", sagt er, „hierher treten!" Die Gefangenen haben sich in einer Ecke zusammengedrängt. Sajenko hebt das Papier und beginnt zu lesen.

„Donezky!"

Einer tritt beiseite.

„Karenin!" Ein anderer tritt zu ihm.

„Schewerscheff!" Er tritt zu den beiden.

„Malow!" Er geht hinüber zu den anderen.

„Barenin!" — keine Antwort, niemand meldet sich. „Barenin, zum Teufel, wo steckst du?" schreit der Kommissar Sajenko.

Einer der Gefangenen erhebt sich langsam und sagt: „Du irrst dich, Sajenko. Barenin ist gestern schon erschossen!"

Totenstille.

„So", murmelte Sajenko, „dann ist's gut." Er macht einen Strich auf der Liste, geniert sich ein bißchen, daß er sich geirrt hat, kommandiert „abtreten!" und geht mit den im Schein der Fackeln weißglühenden Bajonetten ab. Die Schlüssel schlagen ins Schloß, die Schritte verhallen — Stille.

Drei Stunden später kamen die Weißen nach Charkow, vertrieben die Roten und öffneten das Zuchthaus Cholodnaja-Gora. Barenin ging nach Hause.

Vierzig Millionen Indianer.

Von Hans Reiser.

Die häufige Meinung, daß es keine echten, „wirklich wilden" Indianer mehr gibt, trifft nur auf Nordamerika zu. Der südamerikanische Urwald hat dem Eindringen der Zivilisation bis auf den heutigen Tag einen unbezwingbaren Wall entgegengestellt. Er erobert sich nicht so leicht wie die Prärie. Neuerdings fliegt man zwar schon streckenweise über ihn weg. Das ist kühn, aber doch nicht ganz dasselbe wie durchmarschieren. Und imponiert dem Herrn der Wälder vorläufig wenig. Er weiß noch nichts von Fliegerbomben. In Massea am Ucayali waren, als ich eben ankam, die Tragflächen des Postflugzeuges mit den langen Eisenholzpfeilen der Campas-Indianer gespickt wie Nadelkissen.

Schätzungsweise vierzig Millionen reinblütige Indianer leben in Südamerika und Mexiko. Das heißt es gibt noch vierzig Millionen wilde, zu deutsch: freie, unabhängige, unbekehrte, unverdorbene, kerngesunde und glückliche Menschen! (Eine gewaltige Aufgabe für Missionare, Industrielle und Kommerzielle, Militärs, Professoren und Registratoren, diese noch zahm, bekehrt, versklavt, verdorben, krank und unglücklich zu machen.)

Schweigen wir vom Mischblutindianer, dem ersten Opfer auf der Jagdstrecke des weißen Mannes. Die amerikanische Bergwerksindustrie, vor sechzig Jahren in die Hochwelt der Anden eindringend, hat die Nachkommen der einst so königlichen Inkas (die keine Ahnung gehabt haben, was Armut ist) unbarmherzig in moderne Proletarier verwandelt. Im Grenzgebiet zwischen Zivilisation und Wildnis ist der ganze Zimt schon einmarschiert: Fabrik, Arbeit und Hungerlöhne, Wellblech, Schmutz und Elend, Epidemien und Krankenkasse, Basarschund, Konfektion und Schnaps, Kirche und Kino; und Lüge, Diebstahl und Profitgier. — In Cerro de Pasco, 4200 Meter Höhe, Felswildnis, einen Tagemarsch vor dem Urwald, gab es „Die Gräfin Mariza"! Das Kino ist in der Kirche eingebaut.

In der Wildnis behilft man sich einstweilen noch. Mit Jagen und Fischen, mit Hütten aus Bambusrohr und Palmblättern, mit Reinlichkeit, Abhärtung und Gesundheit, mit selbstgewebten Tüchern und Decken und hauptsächlich mit der nackten Haut, mit selbstgeflochtenen Körben und Matten, selbstgeformten und bemalten Tonkrügen und selbstgeschnitzten Waffen und Geräten; und mit Ehrlichkeit und Anspruchslosigkeit.

Geld ist unbekannt. Das wäre, wenn ich ein Paradies zu errichten hätte, auch meine erste Bedingung. Darum existiert da auch der Begriff der Arbeit nicht. Was der Indianer zum Essen braucht, wächst und lebt in der Natur. Was man tun muß, um die fünf Sinne zu befriedigen, ist weder Pflicht noch Geschäft, weder Beutegier von Unternehmern, noch Zwangsarbeit von Angestellten, sondern Trieb, Daseinslust, Genuß und Zeitvertreib. Lügen hat keinen Zweck, weil nichts dabei herausspringt; einen anderen zu übervorteilen ist nicht möglich, weil man keine Geschäfte machen kann; einem anderen etwas zu nehmen, wäre sinnlos, weil jeder das hat, was er braucht.

Wenn wir zeigen wollen, wie glücklich wir sind, müssen wir aufzählen, was wir haben. Hingegen zu ahnen, wie glücklich ein Wilder sein muß, genügt es, sich zu vergegenwärtigen, was alles er nicht hat, und noch mehr, was er nicht weiß. Woher sollte er wissen, daß es außer Wäldern noch andere Landschaften, Länder und Städte gibt, und Menschen, Menschen, Autos, Autos, Eisenbahnunglücke, Streiks, Weltkriege, Massenmörder, Hitlergarden, Prinzenhochzeiten, Gefängnisse und elektrische Hinrichtungen!

Oder man stelle sich vor, daß der Indianer, weil er keine Werktage kennt, natürlich auch keine Ahnung hat, was ein Sonntag ist. (Herrlich, ich kann Sonntage nicht riechen.) Er kennt also weder das sechstägige, reichlich gemischte Gefühl des Arbeitssachsen, noch die erbärmliche Genugtuung des Sonntags-Ausflugs. Ihm ist jeder Tag mehr als ein Sonntag, nämlich einfach ein Sonnentag. Noch beneidenswerter: er weiß nicht einmal ein Morgen, denkt weder an Zukunft noch Vergangenheit, kennt nur ein Heute, lebt in der Gegenwart, nur dem Augenblick hingegeben, ist ebenso genußfroh wie genügsam, ißt, wenn er etwas hat, und dann alles auf einmal, und fastet, wenn er nichts hat, mit gelassenem Gleichmut, lacht viel und gern und liebt keine Trauer. Ein Kind, unwissend, naiv, ungebrochen und sinnenstark, noch einsam und eins mit der unschuldigen Natur, noch ihr Bestandteil.

Wenn wir ganz sicher wüßten, daß das noch lange so bleibt, wir müßten alle heute noch Indianer werden.

Das neue Eigentum.

Der alte Begriff vom Eigentum wankt. Man erkennt in immer weiteren Kreisen, daß das Eigentum, wie es bisher gewesen ist, ausgewirtschaftet hat. Nur kann man sich noch nicht überall für dieses ganz Neue und Große entscheiden, wie wir es als Gemeinschaftseigentum erstreben. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel lehnt das Bürgertum ab.

Aber man begreift doch auch in weiten nichtproletarischen Kreisen, daß es wie bisher nicht weitergeht. So will der Nationalsozialismus das Eigentum in seiner radikalegoistischen Ausartung einschränken, indem er dem einen etwas mehr gibt und dem anderen etwas nimmt, ohne doch, wie es im nationalsozialistischen Programm ausdrücklich gesagt ist, das Privateigentum in der Wirtschaft zu beseitigen.

Auch die neue Enzyklika des Papstes erkennt eine gewisse Reform im Eigentum an. Eine Entproletarisierung der Proletarier will sie erstreben, indem auch den Arbeitern möglichst etwas eigener Besitz gegeben wird. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel jedoch lehnt die Enzyklika ab, und nur das ist auf diesem Gebiete ein Fortschritt, daß in Zukunft der Mensch, der die Vergesellschaftung sich als Ziel gesetzt hat, nicht mehr als Ketzer betrachtet werden soll.

Aber auch sonst erkennt man heute die Notwendigkeit einer Wandlung des Eigentums, und selbst Jung, der in seinen Schriften den Kapitalismus stützt und in Essen vor den Zechenherren das Evangelium des Kapitalismus kündete, spricht von einer „Eigentumskrise" unserer Zeit.

Ja, eine „Eigentumskrise" ist es, die wir erleben, doch geht diese Krise tiefer, als diese Reformer es merken. Es geht um eine ganz neue Gestaltung des Eigentums im Sinne eines neuen, großen sittlichen Gedankens. Und die arbeitende Masse ist die Trägerin dieses wahrhaft großen, revolutionären Gedankens der Geschichte.

Mangel an Klarheit und Wahrheit ist es, wenn man sich nicht aufraffen kann zur neuen Idee. Rücksicht ist es auf eingewurzelte Ansicht, auf das Hängen des selbstischen Menschen am ererbten Besitz.

Wer die Stunde versteht, der sieht die ungeheure Wandlung, zu der der jahrtausendealte Begriff vom Eigentum heute drängt. Nur weil wir dieses grundsätzlich Neue des Eigentumsbegriffes sehen, erkennen wir, daß es eine Wende der Zeit ist, die wir erleben. Auf dem Boden des neuen Eigentums der Gemeinschaft der neue gemeinschaftlich-brüderliche Mensch!

Vom sittlichen Bewußtsein sprechen gewiß auch die Philosophen, „von Gerechtigkeit durchwaltet" sollen nach der Enzyklika des Papstes alle gesellschaftlichen Einrichtungen des Zusammenlebens sein. Aber setzt das alles denn nicht voraus, daß das Eigentum, dieses Kernstück des Lebens, grundsätzlich gewandelt wird? Im Sinne des Neuen der Gemeinschaft, da dann allein ein sittliches Zusammenleben möglich ist?

Mag die Reform noch so edel sein: solange Menschen für Privatwirtschaft schaffen, schaffen sie nicht für einen sittlichen Gedanken. Nur wenn die Gemeinschaft das Arbeitsleben trägt, ist das Arbeitsleben durchheiligt, ist es sittlich, weil dann allein Menschen um des Schaffens willen und aus Freude am Werke für Menschen schaffen. Für eine Idee. Aus Freude zur Freude. Frei von jedem Unreinen eines selbstischen Triebs.

Wenn die freie Gewerkschaftsbewegung dieses ganz Neue des Eigentums in Gemeinschaft als Ziel hat, so ist sie darum die Künderin und Erkämpferin des höchsten ethischen Gedankens, der denkbar ist. Und die freie Gewerkschaftsbewegung verlangt zur Vollendung ihrer Aufgabe nur das eine, daß alle diese Bewegung erkennen in ihrer Größe. Daß sie alles trennende Kleine zurückstellen gegen diese Idee. Und daß sie alle den Mut und den freien stolzen Entschluß zum ganzen und großen Bekennen haben, weil nur durch Wucht und Masse und Einigkeit aller Schaffenden aus der Kämpferseele der Schaffenden diese große geschichtliche Stunde der Freiheit der Arbeitsbrüder zu erzwingen ist.

Wahn-Europa 1934.

Über den Roman „Wahn-Europa 1934" von Hanns Gobsch, im Fackelreiter-Verlag erschienen (Preis Leinenband 4.80 RM.), schreibt Dr. h. c. Freiherr Paul von Schoenaich:

Der Verfasser hat etwas unternommen, was vor ihm viele getan haben, was aber nur sehr wenigen gelungen ist: er hat eine brennende politische Frage in die Form eines packenden Romans gekleidet. Ich habe das in glänzendem Stil geschriebene Buch in einer Nacht durchgelesen, weil das darin behandelte Problem mich seit langem beschäftigt hat, und weil Gobsch als feiner Menschenkenner und kluger Weltmann die Politikertypen bis in die innersten Seelenregungen zu malen versteht. Die große politische Tagesfrage lautet heute: Kann die internationale Gewerkschaftsbewegung einen Krieg verhindern oder nicht? Um diese Frage ringen sie alle, die Phrasendrescher, die Ängstlichen, die dummen und die vermeintlich klugen Patrioten, Typen, die jeder von uns kennt. Und unter allen ein ganzer Mann. Ich habe von Seite zu Seite auf seinen Sieg gehofft. Dann aber riß ein Wahnsinniger ihn in den Abgrund, als der Sieg zum Greifen nahe war. Das weiß ich jetzt, daß ein ganzer Mann wie dieser Leon Brandt die Welt vor neuem Grauen retten könnte, wenn, ja, wenn — — es nicht so viel Wahnsinnige auf der Welt gäbe. Jeder Gewerkschaftler sollte dieses Buch lesen, um den ganzen Männern, die es unter ihnen gibt, die Führung anzuvertrauen. Der Wahnsinn braucht nicht immer zu siegen!

Humoristische Ecke.

Systemwechsel.

„Was man nicht im Kopfe hat, muß man in den Beinen haben", seufzte ein ehemaliger preußischer Artilleriemajor — da wurde er Handlungsreisender einer Sektfirma.

*

Der Klempnerladen.

Der Vorsitzende des Kriegervereins in P. ist ein wohlbeleibter Fünfziger, Villenbesitzer und ehemaliger Etappenkommandant. Beim letzten Kriegerfest trifft ihn ein alter Regimentskamerad, der ihn freudestrahlend anredet:

„Donnerwetter, von Zippelwitz! Was haben Sie da für ein Bäuchlein! Sagen Sie mal, was wiegen Sie eigentlich?"

Der Vorsitzende (die Hacken zusammenschlagend): „Ohne Ehrenzeichen 99, mit Ehrenzeichen sind es gerade 110 Kilogramm."

*

Unter Helden.

Don Carlos (die Larve vors Gesicht haltend und seine letzten Worte sprechend): „Und dies sei mein letzter Betrug!"

König Philipp: „Es ist dein letzter!"

Schneider Jeschke (von der Galerie herunterrufend): „Es is aber ooch de heechste Zeit, heeren Se, daß dem's Handwerk gelegt wird. Mich hat der infamigte Mensch ooch um eenen Anzug betrogen."

*

Seine Ansicht.

Lehrer: „Wann ist die beste Zeit, die Äpfel und Birnen zu pflücken?"

Fritz: „Wenn der Gärtner den Mittagsschlaf hält."